

Stand: 24.06.2026 17:04:17

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/3558

""G7-Gipfel kostet Bayern kleinen zweistelligen Millionenbetrag" - deswegen: Bayern muss Geld zurückfordern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/3558 vom 21.10.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4450 des HA vom 26.11.2014
3. Beschluss des Plenums 17/4752 vom 10.12.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 33 vom 10.12.2014



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**„G7-Gipfel kostet Bayern kleinen zweistelligen Millionenbetrag“ –
deswegen: Bayern muss Geld zurückfordern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen höheren Bundesanteil an der Finanzierung des Gipfels auf Schloss Elmau am 7./8. Juni 2015 zu verhandeln.

Begründung:

Die Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hält den Austragungsort Schloss Elmau für den G7-Gipfel im Jahr 2015 für absolut ungeeignet. Die Staatsregierung verkündete, dass der Gipfel Bayern lediglich einen kleinen zweistelligen Millionenbetrag kosten werde. Bereits mit den Ausweisungen im Nachtragshaushalt 2014 war dieser kleine zweistellige Millionenbetrag längst überschritten. Bei der Kostentragung muss nun der Bund in die Pflicht genommen werden. Der G8-Gipfel im Jahr 2007 in Heiligendamm kostete das austragende Land Mecklenburg-Vorpommern 23,5 Mio. Euro. Der Bund hat damals 81 Mio. Euro getragen. Die Staatsregierung ist aufgefordert, beim Bund einen vergleichbaren Finanzierungsschlüssel zu erwirken.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 17/3558

**"G7-Gipfel kostet Bayern kleinen zweistelligen Millionenbetrag" -
deswegen: Bayern muss Geld zurückfordern**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatte(r)in: **Claudia Stamm**
Mitberichterstatte(r)in: **Petra Dettenhöfer**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 43. Sitzung am 22. Oktober 2014 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Antrag in seiner 22. Sitzung am 26. November 2014 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/3558, 17/4450

**„G7-Gipfel kostet Bayern kleinen zweistelligen Millionenbetrag“ –
deswegen: Bayern muss Geld zurückfordern**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Petra Dettenhöfer

Abg. Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

Abg. Eva Gottstein

Abg. Katharina Schulze

Abg. Dr. Florian Herrmann

Abg. Claudia Stamm

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Dr. Herbert Kränzlein

Abg. Joachim Hanisch

Abg. Jürgen Mistol

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Georg Winter

Abg. Markus Ganserer

Abg. Eberhard Rotter

Staatsminister Joachim Herrmann

Abg. Florian von Brunn

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die **Tagesordnungspunkte 8, 9 und 10** auf:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 03 A für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr - Allgemeine Innere Verwaltung -

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 17/3384 und 17/3385)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 17/3342 mit 17/3349, 17/3418 mit 17/3423)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/3326 mit 17/3332)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 17/3400 mit 17/3403)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

"G7-Gipfel kostet Bayern kleinen zweistelligen Millionenbetrag" - deswegen: Bayern muss Geld zurückfordern ([Drs. 17/3558](#))

und

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 03 B für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr - Staatsbauverwaltung -

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 17/3386 mit 17/3388)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 17/3350 mit 17/3354, 17/3424 und 17/3425)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/3333 mit 17/3335)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 17/3404 mit 17/3413)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von zwei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 33,5 Minuten, auf die SPD-Fraktion 21 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 16 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion; sie kann deswegen bis zu 33,5 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. – Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass zu den Änderungsanträgen auf den Drucksachen 17/3331 und 17/3344 namentliche Abstimmung beantragt worden ist. - Ich eröffne nun die gemeinsame Aussprache. Die erste Rednerin ist die Kollegin Dettenhöfer. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Petra Dettenhöfer (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist Marktführer bei der inneren Sicherheit und beispielgebend mit einer modernen und leistungsfähigen Verwaltung.

(Angelika Weikert (SPD): Etwas lauter! – Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Mikrofon!)

- Ich benutze es noch nicht. Dann kann es ja noch nicht funktionieren. – Bayern ist Marktführer in der inneren Sicherheit und beispielgebend mit einer modernen und leistungsfähigen Verwaltung. Mit dem Einzelplan 03 A, dem Haushalt für den Geschäftsbereich Allgemeine Innere Verwaltung im Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, stellen wir sicher, dass Bayern auch in den nächsten Jahren Taktgeber für ein sicheres und lebenswertes Gemeinwesen bleibt. Dafür sorgen 51.600 Beschäftigte

der Allgemeinen Inneren Verwaltung. Mehr als 450.000 ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger bei Feuerwehr, den Hilfsorganisationen, im Rettungsdienst, beim Katastrophenschutz oder der Sicherheitswacht bringen sich für den Schutz und die Sicherheit ihrer Mitbürger bei Gefahren und Katastrophen ein. Ihnen gebührt unser großer Dank für ihren engagierten und selbstlosen Einsatz. – Da könnten schon einmal alle Kollegen im gesamten Haus Beifall klatschen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

- Danke, das war ja nicht für mich, sondern für den Einsatz der Ehrenamtlichen und unserer Polizistinnen und Polizisten usw.

Diese Leistung ist allerdings nicht zum Nulltarif zu haben. Im Einzelplan 03 A müssen dafür rund vier Milliarden Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt werden. Der Großteil der Ausgaben im Einzelplan entfällt auf die bayerische Polizei mit einem Anteil von 78 % an den Gesamtausgaben. Mit den sonstigen Ausgaben sind die Bedarfe für den Verfassungsschutz, den Brand- und Katastrophenschutz, den Rettungsdienst, aber auch für den Sport sowie für die allgemeine Verwaltung wie zum Beispiel die Regierungen, Landratsämter, die Verwaltungsgerichtsbarkeit, das Landesamt für Datenschutzaufsicht und für die amtliche Statistik zu erfüllen.

Der Einzelplan 03 A ist ein Personalhaushalt; die Personalausgabenquote beträgt rund 82 %; rund 3,3 bzw. 3,4 Milliarden Euro pro Jahr sind für Personalausgaben aufzuwenden. Für die Polizei und den Verfassungsschutz sind 50 neue Stellen veranschlagt, vor allem zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Internetkriminalität, für die Cybersicherheit und für die Autorisierte Stelle Bayern. Außerdem werden 330 neue Polizeiausbildungsstellen ausgebracht, um Ruhestandsversetzungen umfangreich auszugleichen. Mit einer vorausschauenden Personalpolitik kann also das beispielgebende hohe Sicherheitsniveau in Bayern auch in Zukunft aufrechterhalten werden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Florian Herrmann (CSU) – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Tosender Applaus! – Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Herrmann hat aufgepasst!)

Der Zustrom von Asylbewerbern steigt aufgrund der weltweiten Krisenherde weiterhin stark an. Eine Entspannung ist nicht in Sicht. Im Personalhaushalt des Einzelplans 03 A werden deshalb für die Unterbringungsverwaltung, die zentralen Rückführungsstellen und die Verwaltungsgerichte 50 neue Stellen

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wie? 50?)

sowie Ausgabemittel für nicht stelligegebundene Beschäftigungsmöglichkeiten veranschlagt. Außerdem können die Personalausgaben im Bedarfsfall aus dem Einzelplan 10 im Umfang von bis zu 15 Millionen Euro kurzfristig verstärkt werden. Zudem erhalten die Landratsämter 40 neue Stellen zur Ausstattung der örtlichen Gutachterausschüsse. Daneben wird die Möglichkeit, Springer bei den unteren Naturschutzbehörden einzustellen, ausgeweitet.

Der Stellenplan enthält schließlich 2.023 Stellenhebungen, also Beförderungsmöglichkeiten. Davon sind allein 1.564 Stellenhebungen für zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten der Polizistinnen und Polizisten vorgesehen. Hierbei werden auch die im Haushalt 2009/2010 neu geschaffenen Stellen nach A 8 geschlüsselt. Aber auch in der Allgemeinen Inneren Verwaltung, also vor allem bei den Landratsämtern und Regierungen, wird die Beförderungssituation mit 447 Hebungen verbessert. Im Sachhaushalt können ebenfalls wichtige Verbesserungen vorgenommen werden.

Die Begleitung des G-7-Gipfels am 7./8. Juni 2015 auf Schloss Elmau ist für die Polizei, aber auch für alle Organisationen des Brand- und Katastrophenschutzes und des Rettungsdienstes eine große Herausforderung. Für die Bewältigung der Einsatzlagen und zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sind umfangreiche logistische, technische und personelle Aufwendungen notwendig. Dazu sind für das Jahr 2015 weitere 80 Millionen Euro im Haushalt des Innenministeriums veranschlagt.

Damit wird es den bayerischen Sicherheitsorganen gelingen, den G-7-Gipfel professionell und angemessen zu begleiten. Als Gastgeber wird sich der Bund mit 40 Millionen Euro an den Kosten beteiligen.

Das Polizeibudget wird im Rahmen des Haushalts 2015/2016 auf dem Niveau des Jahres 2014 fortgeführt. Allerdings wird bei den Sachausgaben der Polizei auf die in anderen Ausgabenbereichen vollzogene Sperreabsenkung verzichtet. Dies ergibt insgesamt einen Ausgabenzuwachs von mehr als 10 Millionen Euro pro Jahr. Damit können die Betriebs- und Einsatzausgaben gedeckt werden. Darüber hinaus ist es möglich, vor allem folgende Vorhaben zu verwirklichen: Erneuerung der Fahrzeugausstattung, Modernisierung der polizeilichen Informations- und Kommunikationstechnik sowie die Beschaffung moderner Verkehrsüberwachungstechnik. Schließlich wird in die neue Dienstkleidung der Vollzugsbeamten investiert.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): In was? Ich habe Sie nicht verstanden!)

- Dann müssen Sie besser zuhören.

Die stark steigenden Gefahren durch Kriminalität aus dem Internet werden vielfach unterschätzt. Für die Förderung der IT-Sicherheit und den Ausbau des Cyber-Allianz-Zentrums beim Landesamt für Verfassungsschutz stehen pro Jahr rund eine Million Euro für präventive Maßnahmen zur Verfügung. Wichtig ist auch der Aufbau des BOS-Digitalfunks. Er geht in die Endphase. Trotz der Maßnahmen für den G-7-Gipfel soll er nach wie vor bis Ende des Jahres 2015 weitgehend abgeschlossen werden, sodass ab dem Jahr 2016 alle BOS den neuen Digitalfunk nutzen können.

Nach dem Ergebnis der neuen November-Steuerschätzung kann mit einem höheren Feuerschutzsteueraufkommen von jährlich 70 Millionen Euro gerechnet werden. Diese Mittel stehen weiterhin voll für den Brandschutz, die Feuerwehren und die Feuerweherschulen zur Verfügung. Für eine auskömmliche finanzielle Ausstattung des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes wird Vorsorge getroffen. Die Ausgaben zur Förderung des Sportwesens werden wiederum angehoben. Damit können rund

17.000 Vereine mit fast 5 Millionen Mitgliedern auf beachtlichem Niveau finanziell unterstützt werden.

Trotz der anspruchsvollen haushaltspolitischen Leitlinien der Staatsregierung und der Regierungsfraktion zum Doppelhaushalt 2015/2016 können mit dem Einzelplan 03 A für die Allgemeine Innere Verwaltung erneut wichtige Impulse gesetzt werden. Es wird ein solides finanzielles Fundament geschaffen, damit Bayern weiterhin ein sicheres Land mit einer modernen und leistungsfähigen Verwaltung bleibt. Ich bitte Sie deshalb, dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2015/2016 und der Nachschubliste zum Einzelplan 03 A zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Dettenhöfer. Bevor ich unserem nächsten Redner, Herrn Professor Dr. Peter Paul Gantzer, das Wort erteile, gebe ich noch formal bekannt, dass auch zu den beiden Einzelplänen, also zu den Tagesordnungspunkten 8 und 10, namentliche Abstimmung beantragt wurde. - Bitte schön.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr beschäftigt sich am meisten mit der inneren Sicherheit. Dass Bayern das sicherste Land ist, machen die Kriminologen an der Zahl der Kriminalitätshäufigkeit, also daran, wie viele Straftaten pro 100.000 Einwohner begangen werden, und an der Aufklärungsquote fest. Bei der Kriminalitätshäufigkeit stehen wir in Deutschland einzigartig da; die Zahl der Kriminalitätshäufigkeit ist die niedrigste und die Aufklärungsquote die höchste in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Das bedeutet, die Sicherheitslage ist sehr gut. Bitte klatschen Sie jetzt mit: Das ist wirklich die Arbeit unserer Polizei.

(Beifall bei der SPD, der CSU und den GRÜNEN)

Dieser müssen wir alle für die hervorragende Arbeit danken.

Wer gute Arbeit leistet, sollte entsprechend ent- und belohnt sowie ausgestattet werden. Ich nenne nur drei Beispiele, die zeigen, dass dem nicht so ist. Es gäbe noch viel mehr Beispiele. Wir haben jedoch nicht genug Zeit, das zu beleuchten. Wir haben immer wieder darüber diskutiert, dass die Ballungsraumzulage für die niedrigen Einkommensklassen bei der Polizei erhöht wird. Sie haben die Erhöhung immer wieder abgelehnt. Seit 1998 ist die Ballungsraumzulage nicht erhöht worden. Wer weiß, was in diesen 16 Jahren in München hinsichtlich der Entwicklung des Einkommens, der Mieten und der Grundstückspreise passiert ist, weiß, dass das sozial nicht angemessen ist. Sie haben an dieser Stelle nichts getan.

Wir haben 100 neue Planstellen für mobile Reserven gefordert. Bei der Polizei haben wir immer mehr Frauen, was auch gut ist. Das heißt aber auch, dass es immer mehr schwangere Polizeibeamtinnen gibt. Immer mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte gehen in Elternzeit. Das heißt, wir haben einen großen Nachholbedarf. Da wird nicht nachgesteuert. Eigentlich fordern wir dasselbe, was bei den Lehrern in der mobilen Reserve gang und gäbe ist. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist bei Ihnen nur ein Schlagwort. Tatsächlich tut sich nichts. Den Worten sollten Taten folgen. Leider ist das nicht der Fall.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das dritte Beispiel, das ich nennen möchte, erzürnt mich wirklich, weil ich das seit Beginn meiner Tätigkeit für die Polizei immer wieder fordere. Darin zeigt sich Ihre beschränkte soziale Kompetenz – ich will nicht soziale Inkompetenz sagen. Wir fordern Mittel für Vorsorgekuren für Schichtdienstbeamte. Gerade gibt es wieder eine ganz neue Untersuchung zum Schichtdienst. Darin wird festgestellt, dass, wer ständig Schichtdienst leisten muss, ab dem 45. Lebensjahr gesundheitliche Beeinträchtigungen hat. Unsere eigenen Zahlen bei der Polizei zeigen, dass 70 % aller Polizeibeam-

ten, die vorzeitig in den Ruhestand gehen, Schichtdienst geleistet haben. Der Haushalt böte eine gute Möglichkeit, das zu verhindern. Ich sage einfach mal flapsig: Das Geld, das wir in die Sicherheitswacht stecken, wäre besser für Vorsorgekuren aufgehoben. Damit hätten wir nämlich mehr gesunde Polizeibeamte in den Dienststellen und bräuchten die Sicherheitswachtler nicht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang ist die missglückte Polizeireform zu erwähnen. Das bedeutet eine Belastung für die Polizei.

(Widerspruch bei der CSU)

Wir wissen ganz genau, wann das eingeführt worden ist. Das steht in Analogie zur Bildungspolitik. In der Bildungspolitik wurde aus Spargründen aus G 9 ein G 8 gemacht. Jedenfalls wurde es versucht. Genauso wurde bei der Polizei aus P4 ein P3 gemacht. Die Polizei hatte vier Führungsebenen. Eine Ebene, die Direktionsebene, wurde komplett gestrichen. Es gab nur noch P3. Ich habe den Vorteil, dass ich nicht verdächtigt werde, jemanden nicht zu befördern, wenn er die Wahrheit sagt. Ich kann nur sagen: Wenn ich in den Polizeidienststellen bin und mit den Leitern spreche und man sich in den Polizeipräsiden außerhalb der Tagesordnung unterhält, kommt man bei all den durchgeführten Evaluierungen mit den ganzen Gutachten – das war reine Augenschere – zu dem Ergebnis: Es ist nichts gespart worden. Das steht auf jeden Fall fest. Das sieht man am Haushalt. Es ist nichts gespart worden. Wir haben nicht mehr Polizeibeamte auf der Straße. Stattdessen haben wir mehr Arbeit bei den Inspektionsleitern. Die Aufgaben der Polizeidirektionen sind nicht einfach verschwunden. Die Aufgaben wurden aufgeteilt und zum großen Teil auf die Basis verschoben, die jetzt mehr Arbeit hat.

(Staatsminister Joachim Herrmann: Wir brauchen mehr Beamte!)

- Das stimmt eben nicht. Lieber Herr Minister, wir haben nicht mehr Beamte auf der Straße. – Jetzt spreche ich etwas an, wovon ich weiß, dass Sie etwas davon verstehen. Das wäre so, als würden wir bei der Bundeswehr eine Reform machen und würden die Bataillone abschaffen. Dann würde einfach eine Ebene wegfallen. Das würde auch nicht funktionieren. Deswegen sage ich nur: Sehr geehrter Herr Minister, haben Sie einfach Mut zur Reform der Reform. Führen Sie wieder die P 4 ein. Ich glaube, dann haben wir wirklich ein besseres Modell. Bis jetzt haben wir dadurch mehr Arbeitsbelastung bei der Polizei.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Sollstärkenberechnung. Diese entspricht nicht mehr den heutigen Verhältnissen. Sie ist schon Jahrzehnte alt. Wenn ich im Ministerium nachfrage, wie die Sollstärke berechnet wird – ich schaue den Landespolizeipräsidenten an –, kann mir das im Grunde keiner genau erklären. Man kann mir nicht sagen, ob die Sollstärke angemessen oder nicht angemessen ist. Die ist total unterschiedlich. Bei allen Besuchen von Polizeidienststellen stellen Sie fest, dass die Dienststellen selber nicht mehr wissen, warum ihre Sollstärke so oder so ist. Die rechnen auch nicht mehr mit der Iststärke, sondern nur noch mit der Dienststärke, weil die die wahren Verhältnisse wiedergibt. Die Sollstärke entspricht nicht der Arbeitsbelastung, die die Polizeibeamten an bestimmten Polizeidienststellen haben. Die Sollstärkenberechnung, die wir heute haben, entspricht nicht mehr den vor Jahrzehnten festgelegten Kriterien. Wir haben bayernweit einen sehr großen Bevölkerungszuwachs. Wir haben innerhalb von Bayern eine sehr große Bevölkerungsverschiebung, vor allem zum Süden hin. Wir haben neue Kriminalitätsformen, die damals gar nicht berücksichtigt werden konnten, etwa Cybercrime oder den Terrorismus, der sehr stark angestiegen ist. Damals ist bei der Sollstärkenberechnung auch nicht berücksichtigt worden, dass wir viel mehr und viel größere Großeinsätze haben. Das ist nicht nur der G-7-Gipfel, der uns nur einmal herausfordert; es sind die Fußballspiele mit dem stark zunehmenden Rowdytum bei den sogenannten Fußballfans. Das, was da stattfindet,

sind Herausforderungen für die Polizei, die wir damals nicht berücksichtigen konnten. Hinzu kommt die veränderte Frauenlage; denn mehr Frauen bei der Polizei bedeuten auch mehr Schwangerschaften und Elternzeit. Alles das ist damals nicht berücksichtigt worden.

Deswegen bin ich gerne bereit, zu helfen und es Ihnen vorzurechnen. Natürlich müssen dabei die örtlichen Besonderheiten berücksichtigt werden. Man braucht aber grundsätzlich nur zwei Zahlen zugrunde zu legen, und das weiß jeder Experte bei der Polizei. Das sind die Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik und die Zahlen der Verkehrsdelikte. Wenn ich die ins Verhältnis zur Bevölkerungszahl setze, würde ich zu einer sehr guten Sollstärkenberechnung kommen. Dabei ist natürlich München mit seinen Großveranstaltungen gesondert zu berechnen.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Freising!)

- Herr Herrmann, bei Ihnen in Freising brauche ich nicht lange nachzurechnen. In München ist es aber anders.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Oberfranken!)

Da ist dringend etwas zu tun, weil die Polizei im Augenblick über Bayern sehr ungleich verteilt ist. Ich stelle fest, dass in den nördlichen Regierungsbezirken viel mehr Polizeibeamte bei viel geringerer Kriminalität sind, während bei uns im Süden viel weniger Polizeibeamte sind. Ich kann Ihnen das genau vorrechnen. Ich kann Ihnen die Zahlen geben, Herr Minister. Schauen Sie mich nicht so an.

(Manfred Ländner (CSU): Nehmen Sie nicht den Norden, nehmen Sie den Osten!)

Welchen Osten meinen Sie da?

(Manfred Ländner (CSU): Den bayerischen!)

Ich fasse zusammen: Wir haben eine hervorragende Sicherheitslage in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt kommt aber die Frage an Sie, vor allem an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, die Sie gerade geklatscht haben: Welche Sicherheit haben Polizeibeamte? - Sicher ist, dass der Polizeibeamte einen hoch riskanten Beruf ausübt. Das ist unbestritten. Sicher ist auch, dass der Polizeibeamte wegen seines Berufes Leib und Leben einsetzt. Das ist bei den anderen Beamten nicht der Fall. Der Polizeibeamte ist einem erhöhten Gesundheitsrisiko ausgesetzt, und das schon allein aufgrund des Schichtdienstes. Der Polizeibeamte ist, nachdem die Gewalt gegen Polizeibeamte immer mehr zunimmt, auch diesem Risiko ausgesetzt.

Sicher ist, dass wir immer wieder einen Beförderungsstau haben. Einmal hatten wir den Obermeisterbauch, dann hatten wir den Hauptmeisterbauch, jetzt haben wir den OK-Bauch. Wir haben immer wieder Beförderungsstaus. Sicher ist, dass die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten nicht entsprechend ihrem Hochrisikoberuf, den damit verbundenen Risiken und beruflichen Anforderungen und Gefährdungen und entsprechend den Ergebnissen ihrer sehr, sehr guten Arbeit bezahlt werden. Ihre Arbeit wird nicht angemessen honoriert.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sage ich: Das Problem bei uns ist nicht die Sicherheitslage. Das Problem ist die soziale Lage der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, auf deren Rücken der gute Sicherheitsstandard gewährleistet wird. Sehr geehrter Herr Minister, tun Sie deswegen etwas! Helfen Sie unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten!

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Gantzer. Nächste Rednerin ist die Kollegin Gottstein.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir warten alle auf den Schnee, oder zumindest viele von uns. Auf

jeden Fall ist Winter. Es ist Winterwetter, wenn auch ohne die schönen Kristalle. Wir bewegen uns recht komfortabel in diesem Haus und können hier angemessen unsere Arbeit verrichten. In Passau sitzen die Polizeibeamtinnen und -beamten und die Angestellten ebenfalls bei ihrer Arbeit, um diese Uhrzeit ganz sicher. 250 Männer und Frauen arbeiten dort in der Nibelungenstraße unter Bedingungen, die kaum mehr zumutbar sind. Kollege Rinderspacher, glaube ich, hat gestern diese unzumutbaren Arbeitsbedingungen auch erwähnt.

Der Neubau ist dort seit zehn Jahren geplant. Er wird immer wieder verschoben. Wir könnten es heute mit unseren Änderungsanträgen ändern und den Startschuss für die Modernisierung geben. Ohne dem Abstimmungsergebnis vorgreifen zu wollen, werden wir es wahrscheinlich nicht tun, da diejenigen, die diese Änderungen wollen, die endlich zumutbare Arbeitsbedingungen für die Polizistinnen und Polizisten in Passau wollen, hier in der Minderheit sind. Die CSU lehnt es ab, das Geld sei angeblich nicht da.

Besser werden die Einnahmen aber nicht mehr. Für die Menschen, die in Passau arbeiten, haben wir die Verantwortung. Wir nehmen sie leider nicht wahr. Der Freistaat ist Arbeitgeber dieser Leute. Hier wird immer mit dem ausgeglichenen Haushalt argumentiert. Das ist eine Milchmädchenrechnung. Dazu komme ich nachher noch. Die, die nicht mehr wissen, was eine Milchmädchenrechnung ist, können es inzwischen bei Google nachschlagen.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Wo ist das Milchmädchen?)

- Das kommt schon noch. Das hat nichts mit dem BDM, dem Bundesverband Deutscher Milchviehhalter zu tun. – Ich möchte bei der Verantwortung des Freistaates für die innere Sicherheit bleiben. Unsere Polizei ist momentan stark überlastet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich gebe dem Kollegen Gantzer recht. Auch ich bin viel bei den Polizeistationen und bei den Präsidien unterwegs. Man hört es überall, vor allem in inoffiziellen Gesprächen. Aber auch wenn man nur die Augen im normalen Leben auf unseren Straßen aufmacht und die Polizei im Hauptbahnhof oder die Polizei, die Streife fahren muss, beobachtet, dann bekommt man das mit. Man bekommt es nicht mit, aber man kann es aus den Statistiken ersehen, dass uns außerdem bei der Polizei eine ungeheure Pensionierungswelle bevorsteht. Deswegen müssen jetzt junge Leute eingestellt werden. Natürlich werden junge Leute eingestellt. Wir bräuchten aber 500 mehr. Das beantragen wir auch. Diese Forderung wird wahrscheinlich auch wieder abgelehnt werden, obwohl gerade die jungen Leute händeringend benötigt werden, damit rechtzeitig ein Austausch von Jung gegen Alt stattfindet. Wenn ich dann ganz abrupt junge Leute habe, dann können die nicht mehr auf die Erfahrungen der älteren Generation zurückgreifen. Wie gesagt, wir haben noch die Gelegenheit dazu. Sie können noch zustimmen. Wir befürchten aber, dass es nicht passieren wird.

Wir werden weitere Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge haben. Auch das ist wieder mit vermehrter Arbeitsbelastung für unsere Polizei verbunden. Damit kein falscher Zungenschlag hineinkommt, sage ich: Die Arbeitsbelastung nimmt nicht deswegen zu, weil die Flüchtlinge direkt an der Steigerung der Kriminalität beteiligt sind. Wir brauchen Identitätsfeststellungen, wir müssen nach wie vor Fahndungen durchführen, wir brauchen Sicherheit und Ordnung, und hierfür brauchen wir Personal. Diese Aufgaben wollen wir nicht an private Sicherheitsdienste abgeben. Wir brauchen dafür unsere Polizei, die originär für diese Aufgaben zuständig ist. Wir müssen unsere Polizei entsprechend ausstatten. Aufgrund der Redezeiten werden heute noch genügend Redner der CSU sprechen. Wir werden dann hören: Wir haben jetzt so viel Polizei wie noch nie zuvor. Das haben wir im Zusammenhang mit der Bildung auch über die Lehrerinnen und Lehrer gehört. Man muss diese Aussage hinterfragen. Sie stimmt zwar, aber es sind immer noch zu wenige. Das Aufgabengebiet der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten hat sich vergrößert. Wir haben keine 42-Stunden-Woche mehr. Wir haben wieder eine 40-Stunden-Woche. Deshalb brauchen wir mehr Personal.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Im Zusammenhang mit der Bildung haben wir gehört, wie gut wir in Bayern sind. Rechnen Sie einmal nach. Wenn Sie die Arbeitszeit von 42 Stunden auf 40 Stunden reduzieren, brauchen Sie mehr Leute. Tatsächlich haben wir aber nicht mehr Leute.

(Peter Winter (CSU): Jawohl, Frau Lehrerin! – Dr. Florian Herrmann (CSU): Wir stellen 2.000 Beamtinnen und Beamte neu ein!)

- Ja, aber wir haben mehr Aufgaben. Tun Sie doch nicht so, als ob Sie das nicht wüssten. Sie versuchen, dies bei der Bevölkerung rüberzubringen. Tun Sie aber nicht so, als würden Sie dies selbst glauben.

(Peter Winter (CSU): Wir sagen es Ihnen, vielleicht kapieren Sie es!)

- Ich bin im bayerischen Schulsystem groß geworden. Ich kann rechnen. – Wir werden nachher wieder hören, dass wir einen ausgeglichenen Haushalt haben. Ich sage Ihnen: Diese Rechnung geht so nicht auf. Das ist eine Milchmädchenrechnung.

Erstens. Die Zeche für diese Ausgeglichenheit zahlen die Kommunen. Wenn die Kommunen einen Teil der Belastung tragen müssen, können Sie sich natürlich hier herstellen und sagen, dass Sie einen ausgeglichenen Haushalt haben. Was die Kommunen unten machen, ist Ihnen egal.

Zweitens. Wir verschieben die Lasten auf die Nachkommen. Gestern hat es in der Debatte geheißen: Wir machen das für unsere Nachkommen. Was machen wir denn für unsere Nachkommen? – Wir belasten sie mit Mehrkosten, weil wir im Jahr 2015 die erforderlichen Investitionen nicht tätigen und unsere Aufgaben nicht erfüllen. Die junge Generation wird im Bereich der Justiz mehr Aufgaben zu erfüllen haben. Eines ist klar: Jede Straftat, die nicht im Vorfeld verhindert werden kann, bedeutet, dass der Straftäter später die Justiz belastet. Jeder Polizist, der über die Maßen belastet wird, wird dem Gesundheitssystem oder, wegen eines Personalausfalls, der kommenden Generation zur Last fallen. Wir verschieben die Probleme bloß und sorgen nicht dafür, dass

der kommenden Generation eine tolle Welt hinterlassen wird. Wir werden der kommenden Generation lediglich eine Menge offener Baustellen hinterlassen.

(Dr. Hans Reichhart (CSU): Na ja!)

- Wir werden es sehen. Ich hoffe, dass Sie und ich es hier noch so lange aushalten, dass wir das an Zahlen sehen können. Jede Prävention, die nicht getätigt wird, kommt doppelt, dreifach oder vierfach so teuer, wie wenn sie jetzt betrieben wird. Das ist nur mit mehr Personal für den sensiblen Bereich der inneren Sicherheit möglich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Für den G-7-Gipfel haben wir Geld zur Verfügung gestellt. Die FREIEN WÄHLER haben dies unterstützt. Wir fragen uns allerdings schon, warum Sie es ohne mit der Wimper zu zucken in Kauf nehmen, dass dieser Gipfel um zwei Tage verschoben wird. Die Behauptung, dass dies nichts koste, ist ein Ammenmärchen. Selbstverständlich entstehen Kosten, wenn eine ganze Region ein halbes Jahr im Voraus für zwei Tage plant und der Zeitraum dann verschoben wird. Wir haben immer noch nichts von einem Bundesanteil gehört. Wir meinen, der Bundesanteil muss mindestens so hoch sein wie der Anteil, der für den Gipfel in Heiligendamm gezahlt wurde. Sie stehen hier in Verhandlungen. Wir sind auf das Ergebnis gespannt. Durch die Verschiebung des G-7-Gipfels entsteht eine zusätzliche Belastung: Natürlich freuen sich die Schülerinnen und Schüler, wenn sie zwei Tage mehr Ferien haben. Die Eltern freuen sich darüber nicht immer. Sorgen Sie dafür, dass diese Verlängerung für die Bevölkerung und die betroffenen Beamtinnen und Beamten, die ohnehin eine Urlaubssperre hinnehmen müssen, glimpflich abgeht.

Im Straßenbau haben Sie ebenfalls eine Milchmädchenrechnung aufgemacht.

(Zuruf von der CSU: Schon wieder eine Milchmädchenrechnung!)

- Das ist ein schönes Märchen. Märchen gehören zu unserer Kultur. Wir sollten wissen, welche Wahrheiten und Mythen in Märchen stecken. – Wir geben für den Stra-

ßenbau 250 Millionen Euro aus. Laut dem Obersten Rechnungshof bräuchten wir 270 Millionen Euro. Wir bräuchten für den Straßenbau definitiv mehr Mittel. Sie werden aber sagen: Wieso, wir haben doch einen ausgeglichenen Haushalt! Die Schlaglöcher in zehn Jahren gehen uns nichts an. Die Baumaßnahmen bei den Straßen werden nicht in der Weise durchgeführt, wie dies notwendig wäre. Sie tätigen lieber später teurere Investitionen. Ich bin gespannt, wie Sie dies Ihren Kindern und Enkelkindern erklären werden. Weil wir jetzt einen ausgeglichenen Haushalt wollen, werden wir später, im wahrsten Sinne des Wortes, Löcher haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zu den Baumaßnahmen wäre noch viel zu sagen. Ein kleiner Denkanstoß: Manchmal bauen wir auf einem Niveau, bei dem man sich fragen muss, ob es noch im Verhältnis zu den Erfordernissen steht. Die Beispiele dafür werden wir Ihnen an anderer Stelle noch nennen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Gottstein. Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Katharina Schulze. Bitte schön.

Katharina Schulze (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit dem Event beginnen, welches laut der damaligen Staatskanzleichefin Christine Haderthauer Bayern einen kleinen zweistelligen Millionenbetrag kosten soll, nämlich dem G-8- bzw. dem G-7-Gipfel im nächsten Sommer. Für uns GRÜNE ist klar: Schloss Elmau im sensiblen Alpenland ist nicht der passende Ort für ein solches Treffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden die Vorbereitungen und den Gipfel selbst kritisch begleiten und legen auf folgende Punkte Wert:

Erstens. Die Versammlungsfreiheit ist zu schützen. Eine Grundrechtseinschränkung wie in Heiligendamm darf hier in Bayern nicht vorkommen.

Zweitens. An der Natur darf es keinen Raubbau geben. Alle Eingriffe müssen kompensiert werden und sollten nach Möglichkeit erst gar nicht entstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens. Die finanziellen Auswirkungen müssen im Rahmen bleiben. Danach sieht es aber leider nicht aus. Dies wäre der wichtigste Punkt. Es kann nicht sein, dass am Ende der Freistaat und die Kommunen alleine auf den Kosten sitzen bleiben. Wir haben im Nachtragshaushalt 2014 rund 40 Millionen Euro eingestellt. In diesem Doppelhaushalt sind 80 Millionen Euro. Cirka 35 Millionen Euro sollen vom Bund kommen. Wir GRÜNE haben den Antrag gestellt, dass sich der Freistaat Bayern in den Verhandlungen dafür einsetzen soll, dass der Bund einen höheren Anteil der Kosten übernimmt. Wir bitten dafür um Unterstützung der anderen Fraktionen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist schon deswegen wichtig, weil sich die Bundeskanzlerin zusammen mit Horst Seehofer entschlossen hat, diesen Gipfel nach Bayern zu bringen. Darüber wurde nie gesprochen. Auch im Bayerischen Landtag fand darüber keine Debatte statt. Wir sind der Meinung, wer anschafft, soll auch bezahlen oder zumindest einen größeren Anteil der Kosten übernehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zu meinem zweiten Schwerpunkt, den meine Vorrednerinnen und Vorredner von der SPD und den FREIEN WÄHLERN nicht angesprochen haben, nämlich dem Verfassungsschutz.

(Dr. Hans Reichhart (CSU): Wunderbar!)

Das ist eines meiner Lieblingsthemen. Das Landesamt für Verfassungsschutz stand in den letzten Monaten und Jahren zu Recht in der Kritik. Der Verfassungsschutz hat ein massives Erkenntnisproblem und ein massives Kontrollproblem. Deswegen brauchen wir beim Verfassungsschutz umfangreiche Reformen, nicht nur irgendwelche Schönheitskorrekturen. Wir müssen den Verfassungsschutz für das 21. Jahrhundert fit machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern die Umschichtung der Mittel im Landesamt für Verfassungsschutz.

(Dr. Hans Reichhart (CSU): Wohin denn?)

Wir möchten den Haushaltstitel "Besondere Zwecke" streichen. Im Rahmen des NSU-Untersuchungsausschusses kam deutlich heraus, dass auf den Einsatz von V-Leuten verzichtet werden kann. Ich weiß, dass dies zu Aufregung führen wird. Natürlich gibt es Aufgaben, die der Verfassungsschutz durchführen muss. In solchen Fällen ist es aber auch möglich, mit richterlicher Genehmigung verdeckte Ermittlerinnen und Ermittler einzusetzen. Wir wollen den Verfassungsschutz reformieren.

Das Geld, das wir beim Verfassungsschutz einsparen, könnten wir für die bayerische Polizei verwenden. Herr Staatsminister Herrmann wird sich freuen, wenn ich eines seiner Lieblingsworte nenne, nämlich das Wort "Cyber-Sicherheit". In den letzten Monaten hatte ich im Innenausschuss das Gefühl, dass es bei der CSU-Fraktion einen Wettlauf gab, wer am häufigsten die Wörter "Cyber-Sicherheit" und "Cyber-Crime" sagen kann. Ich stelle fest: Dies ist ein wichtiges Themenfeld. Wir müssen die Polizei deshalb besser ausstatten. Es reicht nicht, eine Handvoll Cyber-Cops einzustellen. Wir müssen in die Fläche investieren. Wir müssen die Polizistinnen und Polizisten in den einzelnen Präsidien ausbilden. Das Geld, das wir dem Verfassungsschutz wegnehmen, können wir für Fördermaßnahmen in der gesamten Polizei in diesem Bereich einsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir halten das für wichtig, denn die Polizei leistet in Bayern wichtige und gute Arbeit. Dafür möchten auch wir GRÜNEN uns herzlich bedanken. Sie braucht aber auch Unterstützung bei den neuen Themenfeldern, und diese möchten wir ihr gerne geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zu einem anderen Thema, für das man auch dem Verfassungsschutz Geld wegnehmen kann und das man besser investieren kann: Das betrifft die BIGE, die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus. Sie wissen selbst, dass deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer noch in Schulen unterwegs sind, aber für uns ist ganz klar: Verfassungsschutz hat an Schulen nichts zu suchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir möchten, dass das Geld, das man von der BIGE umschichtet, in gesamtgesellschaftliche Projekte gesteckt wird und dass Schulen unterstützt werden, um Projekte wie "Schule ohne Rassismus" oder "Schule mit Courage" zu fördern. Wir müssen die Demokratie in Schulen fördern. Das kann und darf nicht der Verfassungsschutz machen, sondern wir müssen das eingesparte Geld an diejenigen geben, die schon jahrelang, oftmals im Einzelkämpfertum, in ganz Bayern die Fahne der Demokratie hochhalten, die Demos gegen Rechts organisieren, die Mahnwachen gegen Rassismus ins Leben rufen, die Ansprechpersonen für die Sicherheitsbehörden sind oder Beratungsangebote für die Eltern machen. Es ist so viel Kompetenz in der Zivilgesellschaft vorhanden. Dort muss das Geld hineingesteckt werden. Wir brauchen das nicht in den Verfassungsschutz hineinzupumpen, wobei wir uns noch nicht einmal sicher sind, ob das dort so funktioniert, wie wir es gerne hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Josef Zellmeier (CSU): Wer koaliert denn mit dem Stasi-Nachfolger?)

- Diese Debatte müssen wir jetzt wirklich nicht führen. Das ist absolut albern. Das ist ein Scheingefecht. Sie können es einfach nicht akzeptieren, dass Sie dort nicht mehr mitregieren. Sorry, aber so ist nun einmal das Leben. Irgendwann wird Ihnen das in Bayern genauso passieren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Josef Zellmeier (CSU): Es geht nicht um das Mitregieren, es geht um das Prinzip!)

Ich komme zum Schluss: Das Thema innere Sicherheit ist hoch emotional. Deshalb ist es auch wichtig, die Weichen richtig zu stellen, um festzulegen, wie wir in Bayern das Geld ausgeben. Für uns GRÜNE ist es klar: Wir wollen eine innere Sicherheit mit Augenmaß und dabei einen Schwerpunkt auf die Stärkung der Demokratie legen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Schulze. Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Herrmann. Bitte schön.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich danke zunächst der Kollegin Dettenhöfer, die den umfangreichen Haushalt schon in einzelnen Punkten vorgetragen hat. Ich möchte mich auf einige wenige Punkte beschränken.

Wir haben heute schon mehrfach gehört: 95 % der Bürgerinnen und Bürger in Bayern sind zufrieden oder sehr zufrieden. Das hängt auch mit der hervorragenden Sicherheitslage zusammen. Die Menschen in Bayern fühlen sich sicher, und sie leben objektiv sicher. Das ist ein ganz zentraler Standortfaktor.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind es mittlerweile gewohnt, und wir wiederholen diesen Umstand sehr häufig, aber wir dürfen uns nicht täuschen lassen: Innere Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit. Innere Sicherheit muss jedes Jahr immer wieder aufs Neue hart erarbeitet

werden. Das gilt umso mehr, als sich die Rahmenbedingungen ständig ändern. Das betrifft insbesondere die dramatischen Veränderungen, die von außen auf uns einwirken. Zu nennen sind die geopolitischen Veränderungen, also die Flüchtlingsströme, die wir im Zuge der Bürgerkriegssituationen bewältigen müssen. Das betrifft aber auch die Extremismusbewegung, wenn sich Menschen aus unserem Land an kriegerischen Auseinandersetzungen anderswo beteiligen und dann wieder zurückkommen. Es gibt auch Herausforderungen im Katastrophenschutz aufgrund der sich häufenden Extremwetterereignisse. Es geht auch um Digitalisierung und Cybercrime, Crystal Meth, aber natürlich auch um die klassische Kriminalität wie Einbruchdiebstähle und anderes. Auf diese geänderte und sich ständig ändernde Lage müssen sich auch die Sicherheitsorganisationen einstellen.

Deshalb danke ich an dieser Stelle auch allen, die sich im vergangenen Jahr wieder mit großem Erfolg für die innere Sicherheit in Bayern eingesetzt haben: den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, aber auch den Tarifkräften, den Feuerwehrleuten, den Helfern in den Hilfsorganisationen und allen, die sich im Hauptamt und auch im sicherheitsrelevanten Ehrenamt engagiert haben. Ich nenne in diesem Zusammenhang die Zahl von 450.000 Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Nach dem üblichen Schlechtreden durch Abgeordnete der Opposition will ich auch herausstellen: Wir haben hervorragend ausgebildete Polizeibeamte, und wir haben auch hervorragend fortgebildete Polizeibeamte. Wir haben uns im Innenausschuss von der ganz hervorragenden Fort- und Weiterbildung der Polizeibeamten auf all diesen Gebieten für all diese Herausforderungen bei einem Besuch beim polizeilichen Einsatztraining informiert. Deshalb ist übrigens auch die Bevölkerung mit der Arbeit der bayerischen Polizei zufrieden. Es gibt kaum Beschwerden bei über 1 Million Einsätzen der bayerischen Polizei. Deshalb ist unsere Grundmelodie im Verhältnis zur bayerischen Polizei auch: Vertrauen statt Misstrauen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb bin ich skeptisch, wenn ich zwar Lippenbekenntnisse höre, aber doch in der Praxis im Innenausschuss die unterschiedlichen Kritikpunkte gebetsmühlenartig vorgetragen werden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Lippenbekenntnisse kommen von Ihnen! Wir bräuchten mehr Personal! Sie hätten es in der Hand!)

Ich bin der Meinung: Vertrauen statt Misstrauen, keine Zwietracht bei der inneren Sicherheit säen. Sonst braucht man sich nicht zu wundern, wenn am Ende der Respekt vor den Polizeibeamten abnimmt, was bis hin zu Gewalt gegen Polizeibeamte geht.

Die Realität sieht Gott sei Dank anders aus. Wir haben in den letzten Jahren über 6.500 junge Menschen bei der bayerischen Polizei ausgebildet. Auch im Jahr 2014 sind es wieder 1.200.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sind zu wenig! 1.400 bräuchten wir!)

Der Polizeiberuf ist ein hoch attraktiver Beruf, was man daran sieht, dass sich über 6.000 junge Menschen auf diese 1.200 Stellen beworben haben, und das trotz Vollbeschäftigung und anderer attraktiver Berufe, die die Menschen wählen könnten.

Das ist auch der Grund dafür, dass wir uns dafür einsetzen, dass der Polizeiberuf attraktiv bleibt. Wir haben eine Reihe neuer Stellen vorgesehen: 50 bei der Cyber-Abwehr, 330 neue Ausbildungsstellen, lieber Herr Aiwanger, 50 neue Stellen im Zusammenhang mit der Herausforderung Asyl. Außerdem gibt es 2.023 Stellenhebungen, also Beförderungsmöglichkeiten, um die Attraktivität aufrecht zu erhalten.

Ebenfalls wird die Sachausstattung im Polizeibudget auf einem sehr hohen Niveau fortgeführt. Wir haben uns insbesondere um den Schutz der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gekümmert, indem wir bereits im Nachtragshaushalt 5,5 Millionen Euro für zusätzliche Schutzausstattung zur Verfügung stellen, indem wir es umgesetzt

haben, dass bei den Schmerzensgeldansprüchen der Freistaat in Vorleistung tritt, indem wir auch bei der Dienstkleidung für Attraktivität sorgen. Das bedeutet vor allem Tragekomfort und Funktionalität der Kleidung. Dies ist ein wichtiger Aspekt für die Beamtinnen und Beamten, die täglich ihre Uniform zu tragen haben. Wir haben jetzt 5,5 Millionen für eine mobile und moderne IuK-Ausstattung der Polizeibeamten, die damit arbeiten müssen, zur Verfügung gestellt. Die Arbeitsmittel müssen funktionieren. Daher haben wir auch etwas für die weitere Modernisierung der Fahrzeugausstattung getan. Es ist vieles geschehen, und es wird vieles durch die Umsetzung des Doppelhaushalts geschehen.

Bei der Opposition haben wir alle Jahre wieder das gleiche Lied. Es gibt eine Reihe von rot, grün und orange verzierten Päckchen mit mehr oder weniger unbezahlbaren Geschenken, die unter den Weihnachtsbaum gelegt werden - abgesehen vom Verfassungsschutz, dem Frau Schulze alle Geschenke wegnehmen möchte. Der Geschenkekorb ist reichlich gefüllt. Die Summe der Änderungsinitiativen beträgt in diesem Haushalt 41 Millionen Euro für das Jahr 2015 und nochmals 67 Millionen Euro für das Jahr 2016, also insgesamt über 100 Millionen Euro. Wahrscheinlich ist es unter dem Strich noch mehr. Verschwiegen wird aber, wie das finanziert werden soll. Das sind Geschenke auf Pump, und das hat mit nachhaltigen Staatsfinanzen leider nichts zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Bei Ihnen funktioniert es nach dem Motto: Die Kinder bekommen Weihnachtsgeschenke, aber viel zu teure und viel zu große, und hinterher wird ihnen das Taschengeld gekürzt.

Als Letztes möchte ich hier ansprechen, dass der Ruf nach immer mehr Stellen nicht ausreicht. Wir müssen den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten auch das notwendige Handwerkszeug an die Hände geben. Ich meine dabei insbesondere das rechtliche Instrumentarium. Ich würde um größere Unterstützung auch vonseiten der Opposition

bitten, wenn es darum geht, so wichtige Dinge wie Vorratsdatenspeicherung und Quellen-TKÜ im Bereich der Rechtspolitik umzusetzen. Es hilft nichts, neue Stellen zu fordern, wenn man anschließend den Beamten nicht mehr an die Hand gibt als ein Stempelkissen zum Abnehmen von Fingerabdrücken anstelle von elektronischen Möglichkeiten, die notwendig sind, nachdem viele von den Tätern hinterlassene Spuren heute elektronische Spuren sind.

In diesem Sinne bitte ich Sie daher, dem Haushalt zuzustimmen. Unsere Haushaltspolitik ist kein Wunschkonzert, sondern wir stehen seit 2006 für ausgeglichene Haushalte und wollen bis 2013 auch Schulden abbauen. Das hat zur Folge, dass wir auch beim Haushalt des Innenministeriums maßhalten müssen. Aber ich denke, wir setzen die richtigen Akzente für die Zukunft der inneren Sicherheit in Bayern, und dafür bitte ich um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Dr. Herrmann. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich die Kollegin Claudia Stamm gemeldet. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Herrmann, das klang jetzt schön einfach und simpel: Wir fordern immer und fordern immer. Vielleicht hätten Sie heute früh schon mal da sein müssen, als die Wirtschaftsministerin Aigner gesagt hat, dass das bei den GRÜNEN nicht der Fall ist. Wir haben Gegenfinanzierungsvorschläge. Das gilt auch für diesen Einzelplan. Ich möchte einfach, dass Sie das zur Kenntnis nehmen. Das würde mich sehr freuen.

Ganz kurz noch dazu, dass wir den Polizeibeamten gegenüber despektierlich wären: Unser Spruch ist: Wir hoffen, dass die Polizeiuniform grün bleibt, weil wir uns mehr Grün auf der Straße wünschen. Ich kann auch platt und populistisch sein. Sie können das gut, und wir können es auch.

Wir haben einen ganz konkreten Antrag gestellt, der Ihnen die Möglichkeit bietet, ein Signal aus dem Landtag zu senden: Wir sind nicht bereit, alles zu schultern. Das ist kein Wunschkonzert. Es geht um G 7. Berlin hat angeschafft und den Gipfel nach Elmau getragen, wohin er 0,0 passt. Das sagen Ihnen bestimmt auch Ihre Sicherheitsleute. Er ist mit Mehrkosten verbunden. Wir wollen deswegen auch, dass Berlin, hier die Kanzlerin, mehr zahlt, als bisher angedacht ist. Wir wollen nicht, dass Bayern 90 Millionen Euro allein für einen Zwei-Tage-Gipfel zahlen muss. Sie hätten dieses Signal mittragen können. Das haben Sie nicht getan. Achten Sie also ein bisschen darauf, was Sie sagen. Wir haben gerechnet und bei unseren Anträgen die Gegenfinanzierung mit berücksichtigt.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Stamm. Bitte schön, Herr Herrmann.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Das Wortspiel mit den grünen und den blauen Uniformen ist schön, geht aber an der Realität vorbei, insbesondere im Innenausschuss. Dort gab es Lippenbekenntnisse, wie stark Sie hinter der bayerischen Polizei stehen. Im Vordergrund steht aber eine in der Regel völlig überzogene Kritik, indem Einzelfälle zum Gesetz gemacht werden und nicht realisiert wird, dass es bei über einer Million Einsätzen der bayerischen Polizei nur einen winzigen Bruchteil an Beschwerden gab. In diesem Zusammenhang haben Sie jedes Maß verloren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Das merkt man schon daran, dass sich die Ausführungen der Kollegin Schulze auf nur zwei Themengebiete beziehen, nämlich auf das Lieblingsthema Verfassungsschutz und auf die Bekämpfung von Rechts. Wenn das Ihr gesamtes Spektrum von innerer Sicherheit ist,

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

kann man nur hoffen, dass Sie nie in die Verantwortung für innere Sicherheit kommen.

(Beifall bei der CSU)

Zum G-7-Gipfel: Es ist ja ganz interessant, was Sie sich da für Gedanken machen. Ich vertraue dem Innenminister, der die Verhandlungen führt. Es ist eine Veranstaltung des Bundes. Daher sind natürlich auch die Hauptkosten vom Bund zu tragen. Es werden laufend Verhandlungen geführt, und wenn man einmal weiß, um welche Beträge es überhaupt geht, kann man auch von einer Erhöhung sprechen.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Das ist bekannt, das steht im Haushalt!)

Das, was Sie fordern, wäre eher ein Vorratsbeschluss. Ich kann nur sagen, dass die Verhandlungen, die bisher zwischen Bayern und dem Bund geführt wurden, zum Beispiel bei der Finanzierung der Kosten von Asylbewerberunterkünften, durchaus sehr erfolgreich waren. Da geht es um eine 100-mal so große Dimension wie bei G 7.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Herrmann. Einen Moment bitte. Sie müssen noch dableiben. Wir haben eine weitere Meldung für eine Zwischenbemerkung. Sie kommt von Kollegen Aiwanger. Bitte schön.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, Sie haben vorhin gesagt, wir würden uns wie Eltern verhalten, die ihren Kindern Geschenke unter den Weihnachtsbaum legen, die sie nicht bezahlen können. Ich frage Sie: Können Sie Ihre Kinder bald richtig anziehen? Wann bekommt die Polizei die neuen Uniformen, und wann war geplant, dass sie sie bekommen soll? Wird sie sie rechtzeitig bekommen?

(Zurufe von der CSU)

– Das ist eine ganz wichtige Frage: Wann kommen die neuen Uniformen, und welchen Zeitpunkt haben Sie angekündigt? Das ist doch sehr wichtig.

(Zuruf von der CSU: Manchmal ist Schweigen besser!)

Dr. Florian Herrmann (CSU): Lieber Herr Aiwanger, es ist wie so häufig bei Ihnen: Wenn man glänzen will, sollte man zumindest einen Schimmer haben.

(Beifall bei der CSU)

Ich schlage vor, Sie sprechen einmal mit Ihren Innenpolitikern.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich habe Sie gefragt! Ich will es von Ihnen wissen!)

Sie können Ihnen den Zeitplan für die Polizeiuniformen genau nennen. Die Uniformen befinden sich derzeit im Trageversuch. Sie können einmal mit den Beamten reden. Es ist sehr sinnvoll,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Nennen Sie eine Jahreszahl!)

die verschiedenen Witterungsperioden abzuwarten. Das wird bis nächstes Jahr durchgeführt. Im nächsten Jahr wird das Projekt dann weitergeführt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bis wann weitergeführt? Bis wann bekommen sie die Uniformen? Das war die Frage!)

– Das können Sie überall nachlesen. Sie wissen es ja wahrscheinlich auch.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Dr. Herrmann. Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Dr. Kränzlein. Bitte schön.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Entschuldigung, Frau Präsidentin, Sie kommen bei der Begrüßung zuerst, und dann kommt noch der Herr Minister. Ihn darf man heute nicht vergessen.

Der gute Peter Paul Gantzer hat zu Beginn seines Redebeitrags darauf hingewiesen, dass das Wichtigste im Innenministerium die Polizei ist. Bei ihm ist es sogar das Wich-

tigste im Haushalt überhaupt. Jetzt kommt der unwichtige Rest, nämlich die Bauangelegenheiten und der Verkehr. – So unwichtig ist das in Wirklichkeit nicht. Auch da geht es um viel Geld, selbst wenn es nicht immer direkt im Haushalt steht. Manchmal steht es im Wissenschaftshaushalt, manchmal im Justizhaushalt, überall da, wo staatlicher Hochbau stattfindet.

Lassen Sie mich ganz friedlich beginnen, nachdem die CSU-Fraktion jetzt immer so schnell auf der Palme ist. Vielleicht kann man sie einmal herunterholen.

(Staatsminister Joachim Herrmann: Nachgewiesenermaßen waren in München andere Leute auf der Palme oder den Bäumen!)

– Auf den Bäumen sind verschiedene Leute. In Ihrer Fraktion geht es immer ganz schnell. Aber Sie kommen in München und hier auch wieder herunter. – Ich schildere einmal, wie es im Haushaltsausschuss zugeht. Dort reden wir über das Bauen. Als Bürgermeister kann ich Ihnen von einer ganz seltsamen Erfahrung berichten. Da bekommt man mit, welche riesige Bedeutung die Exekutive hat. Wir haben für Millionen-Bauvorhaben immer vier, fünf oder sechs Minuten Zeit, und dann werden sie durchgewinkt. Wir können nicht allzu viel tun. Man kann nicht einmal recherchieren, weil die Post mit DHL erst am Freitagabend oder am Samstag kommt. Am Dienstag gibt es dann die Berichterstattung. Dabei stellt man fest – für jeden Bürgermeister ist das erstaunlich –, dass manches bei Bauvorhaben, die megawichtig sind, die in der Zeitung stehen, zu denen es Bürgerinitiativen gibt und bei denen Millionenbeträge über den Tisch gehen, gar nicht gut funktioniert. Ich nenne ein paar Beispiele.

Wir wollten eine Priorisierung der Bauvorhaben haben, die bei den Ministerien vorliegen müssen. Damit sie überhaupt arbeiten können, muss es irgendeine Rangfolge geben. Uns werden Einzelbauvorhaben genannt. Ob sie wichtig oder unwichtig sind, ob es wichtigere oder unwichtigere gibt, verschweigt man geheimnisvoll. Wir haben einen simplen Antrag gestellt, in dem wir darum gebeten haben, dass uns die Prioritätenliste der Ministerien vorgelegt werden. Das wurde von Ihrer Fraktion völlig unvers-

tändlicherweise abgelehnt. Nicht einmal das wurde zugestanden. Da ist ein vernünftiges Arbeiten in diesem Bereich überhaupt nicht mehr möglich.

Ich komme zu Ungereimtheiten bei der Planung. Ich könnte Ihnen eine ganz lange Liste aus dem Hochschulbereich, aus dem Justizbereich usw. aufführen. Ich nenne die JVA Landsberg, wo es im zweiten Bauabschnitt bei ungefähr 28 Millionen Euro Kosten schon eine Steigerung um 7 Millionen Euro gibt. Oder ich nenne das Katalysezentrum in Garching. In Deggendorf hat man in das Überschwemmungsgebiet der Donau Hochschulerweiterungsbauten gestellt. Bei einer Überflutung kommt es zu Mehrkosten. In Regensburg stehen nicht nachvollziehbare Kostenrichtwerte im Raum.

(Zuruf des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

– Sie brauchen sich noch nicht aufzuregen. Hören Sie erst einmal zu, und denken Sie ein bisschen nach. Dann kommen Sie dahinter. Wir haben – das hat Ihnen der Kollege Muthmann am Vormittag auch schon angedeutet – in der Obersten Baubehörde falsche Kostenrichtwerte. Sie sind viel zu hoch und haben nicht einmal mehr den Standard, den der frei finanzierte Wohnungsbau hat, sondern gehen darüber hinaus. Da liegen Einsparpotenziale, auf die wir schauen müssen. Da sieht der jeweilige Vertreter der Obersten Baubehörde gar nicht gut aus. Schade, dass der Kollege Winter nicht da ist. Vor Kurzem hat sich sogar die CSU-Fraktion im Ausschuss darüber aufgeregt, wie wir hier bedient werden. Herr Minister, hier stehen Sie vor einer Aufgabe; darum müssen Sie sich kümmern. In Ihre Behörde müssen endlich mehr Preisbewusstsein und Sparsamkeit einziehen. Dort fehlt das Kostenbewusstsein. Projektsteuerer werden dort meistens nicht oder nicht rechtzeitig eingeschaltet. Hier läuft jede Menge aus dem Ruder. Wären Bürgermeister für diese Bauvorhaben verantwortlich, dürften sie der Reihe nach allesamt zurücktreten. Das verspreche ich Ihnen. Davon nimmt die Öffentlichkeit jedoch bedauerlicherweise keinerlei Notiz.

Auch die energetische Sanierung fällt in den Verantwortungsbereich Ihrer Behörde. Wir haben die energetische Sanierung angemahnt. Wir haben Mittel für die Polizeiin-

spektionen, für die Hochschulen, für viele öffentliche Gebäude mit entsprechenden Mehrungsanträgen gefordert. Dort heizt der Staat zum Fenster hinaus. Dort fehlt die Vorbildfunktion. Dort wird kein Beitrag für künftige Generationen erbracht, was Sie mit Ihrer Nullverschuldungspolitik immer belegen wollen. Das bedeutet versteckte Verschuldung.

Gestern haben wir die Regierungserklärung verlesen bekommen. Darin sagt der Ministerpräsident: Jede marode Brücke ist eine versteckte Staatsverschuldung zulasten unserer Nachkommen. – Tatsächlich sind nicht nur die Brücken marode, sondern auch die Staatsstraßen. Wo er recht hat, hat er recht: Was Sie als Schuldenabbau bezeichnen, ist in Wirklichkeit ein Verschieben notwendiger Investitionen in eine ferne Zukunft. Die Infrastruktur verkommt. Von anderer Seite wurde schon gesagt, dass später sehr viel teurere Reparaturarbeiten durchgeführt und eventuell Neubauten errichtet werden müssen. Das nennen Sie eine vernünftige Politik? – Mehr Unvernunft, als Sie hier an den Tag legen, gibt es eigentlich gar nicht.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss meine Uhr im Auge behalten. – Denken Sie etwa an den barrierefreien Ausbau. Mit etwas fragwürdigen Mitteln, dem sogenannten Spielgeld der CSU-Fraktion – eine interessante Erfindung, die man näher beleuchten sollte -, wurde dort ein bisschen nachgebessert. Okay, aber das vollmundige Versprechen der Regierungserklärung, dass in Bayern die öffentlichen Einrichtungen barrierefrei gemacht werden, ist heute schon eine geplatzte Seifenblase. Bedarf besteht nicht nur bei Regierungsgebäuden, sondern bei allen öffentlichen Gebäuden. Denken Sie etwa an die Bahnhöfe. Gut, dort ist die Deutsche Bahn mit im Spiel; aber wissen Sie, wie viele wichtige, große Umsteigebahnhöfe bei Weitem nicht barrierefrei sind, in denen 85-jährige Menschen, die in die Kur fahren, ihre Koffer 25 Treppen hinauf- und hinuntertragen müssen? – Auf diese Frage bekommt man die Antwort: Hier können wir leider nichts tun, dafür haben wir leider kein Geld, das steht leider nicht auf der Prioritätenliste.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Josef Zellmeier (CSU))

Denken Sie an den Wohnungsbau. Die Quoten für die Wohnungsbauförderung sind minimal. Der Minister hat durchaus vernünftige Einsichten. Er sagt zum Beispiel: In Bayern fehlen 282.000 Wohnungen, und: Bauen ist ein Gebot der Stunde. – Dafür stehen 210 Millionen Euro zur Verfügung. Wissen Sie, dass Sie damit für jede Wohnung 700 Euro bereitstellen können? – Mit Ihrer Förderung kann man vielleicht eine Eingangstür einhängen, aber nicht die Wohnungsnot lindern.

(Heiterkeit bei der SPD)

In Berlin hat man Gott sei Dank erkannt, dass man mehr tun muss. Wir haben hier in Ballungsgebieten partiell mit einem Marktversagen zu tun. Hier funktioniert der Mietmarkt nicht mehr, und da muss der Staat intervenieren und intelligente Modelle in Gang bringen, an denen die Kommunen auf der Grundlage städtebaulicher Verträge, ihres Baurechts, der Bereitstellung von Bauland und eventuell auch der Mitfinanzierung mitarbeiten. Mal wieder dick in den kommunalen Wohnungsbau einzusteigen, wäre eine reizvolle Aufgabe für einen Minister. Dieser sollten Sie sich einmal widmen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Verkehr möchte ich wenigstens zwei kurze Anmerkungen hinzufügen. Die Verkehrsproblematik liegt mir am Herzen; Herr Minister, das wissen Sie ja. Interessanterweise hat Herr Seehofer zum Thema Münchner S-Bahnstrecke geschrieben: Bayern treibt das Projekt voran. – Richtig hätte er schreiben müssen: Die jeweils zuständigen Verkehrsminister haben das Projekt seit vielen Jahren bis heute treiben lassen, aber nicht vorangetrieben.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt soll endlich eine Verpflichtungsermächtigung über 2,15 Milliarden Euro gelten. Die Planfeststellungsbeschlüsse liegen schon wieder in weiter Ferne. Dass es nicht vorangeht, liegt nicht direkt in Ihrer Hand, aber ein bisschen mehr können Sie schon

tun, damit diese beiden Behörden, die sich den Schwarzen Peter zuspielen, in die Gänge kommen. Dafür müssen Sie selbst in die Gänge kommen. Die Finanzierung ist überhaupt nicht mehr gesichert. Sie wissen ganz genau, dass es bezüglich des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes ein baldiges Ende gibt. Alle Länderverkehrsmi-
nister haben sich übrigens bei der Diskussion über die Regionalisierungsmittel eine deftige Niederlage gegen Schäuble eingefahren. Er hat die Mittel eingefroren. Nicht einmal die Zuwachsraten, die bisher gegeben waren, sind vorgesehen. Sie bekommen 2014 und 2015 das Gleiche. Prüfen Sie einmal, ob Sie Ihre Bestellungen reduzieren müssen; wir können ja später dazu Anfragen stellen.

Zum Schluss komme ich zur "berühmten" B 15. Herr Minister, die Geschichte um die B 15 ist eine spannende, aber sie beweist keine CSU-Regierungskunst.

(Beifall bei der SPD)

Sieht denn der bayerische Weg vor, dass man 40 Jahre an einer Trasse festhält, anstatt sie rechtzeitig an die neuen Gegebenheiten anzupassen und dies rechtzeitig zu kommunizieren, damit Städte wie Landshut oder die Kommunen, die an der alten B 15 liegen, mit Umgehungsstraßen und Ähnlichem – manche Maßnahmen hätte man schon lange ergreifen können – entlastet werden? – Besser wäre es, zeitnah Lösungen zu suchen, die finanzierbar sind. Hier stehen Sie in der Pflicht. Sie sollen bald in den Verkehrsausschuss gehen und sagen, was Ihnen vor Kurzem bei der Anhörung in Dörfern passiert ist. Sie sollen mal erklären, was Ihre CSU-Minister in den verschiedenen Ressorts, die ihre Stimmkreise an der Strecke der B 15 haben, zu diesem Thema sagen und welche Alternativen sie vorschlagen, damit es weitergeht.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Dr. Kränzlein, kommen Sie zum Schluss, bitte.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Es wäre so schön, wenn ich mehr Redezeit hätte, und ich hätte noch so vieles zu sagen; aber, Frau Präsidentin, ich höre hiermit auf; denn der Minister ist schon ganz fipsig und möchte nicht zu lange warten.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Dr. Kränzlein. Jetzt folgt allerdings noch nicht der Herr Minister, sondern der Kollege Joachim Hanisch. Bitte schön.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich die dritte Ebene, die kommunale Ebene, besser beleuchten. Sie wurde in den Redebeiträgen bisher vernachlässigt, obwohl auch sie für den Haushalt relevant ist. Aber einige Ausführungen haben mich dazu provoziert, noch etwas zur inneren Sicherheit zu sagen.

Wir sind uns alle darüber einig, dass die innere Sicherheit in Bayern einen sehr hohen Stellenwert hat und auf einem sehr hohen Niveau liegt. Pauschal der Opposition im Bayerischen Landtag zu unterstellen, sie misstraue der Polizei, ist eine Behauptung, die ich sehr deutlich zurückweisen möchte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Heute besteht die Gelegenheit, gerade der Polizei für die tolle Arbeit zu danken, die sie in den letzten Jahren geleistet hat. Ich wollte nicht alle einschlägigen Anträge aufzählen; ich kann das auch nicht, weil ich sie nicht im Gedächtnis habe. Aber ich erinnere mich daran, dass wir seit 2008 im Innenausschuss einige Anträge mit dem Anliegen gestellt haben, dass wir eine bessere Ausstattung, auch Personalausstattung, der Polizei brauchen. Dankenswerterweise ist eine Menge getan worden. Sehen Sie einmal, wie sich die Polizei seit 2008 entwickelt hat! Zufällig sind wir seit 2008 im Bayerischen Landtag vertreten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei der CSU)

- Rein zufällig. Was sich in diesem Zeitraum getan hat, können Sie mit den Aktivitäten in den sechs, sieben Jahren zuvor vergleichen. Dann sehen Sie, dass hier deutliche Fortschritte erzielt worden sind. Sie zeigen sich letztlich auch in der Sicherheit unseres

Freistaats Bayern. Darauf können wir alle stolz sein. – So viel zum Thema innere Sicherheit. Zu diesen Ausführungen bin ich durch die Vorredner provoziert worden.

Meine Damen und Herren, beim Blick auf den Haushalt und auf die Finanzeinnahmen des Freistaats Bayern in den letzten Jahren zeigt sich eine rekordverdächtige Entwicklung; das ist durchaus ein gutes Zeichen. Allerdings wird Bayern auf der Grundlage statistischer Rechnungen und pauschaler Feststellungen immer als blühendes Land bezeichnet. Lassen Sie mich deshalb auf ein paar Gesichtspunkte hinweisen, die zeigen, dass diese Behauptung so nicht stimmt. Das zeigt eine Detailbetrachtung.

Lassen Sie mich dazu auf die kommunale Ebene eingehen. In Bayern gibt es jede Menge reicher Kommunen, deren Rücklagen im zweistelligen Millionenbereich liegen und die trotzdem sehr gut ausgestattet sind. Manche Kommunen wären auf eine solche Lage stolz. Außerdem gibt es in Bayern jede Menge armer Kommunen, die nicht einmal mehr in der Lage sind, die Zuschussmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen, weil sie die notwendigen Eigenmittel nicht aufbringen. Auch das ist Faktum, und das wissen wir. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer; das kann man nachprüfen.

Meine Damen und Herren, hier wollen wir FREIE WÄHLER ein starkes, dauerhaftes und ein gerecht verteiltes Wachstum haben. Gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Regionen Bayerns – das haben wir in der letzten Legislaturperiode in unsere Verfassung geschrieben. Darauf pochen wir, und wir bitten, darauf auch in Zukunft stärker zu achten. Ich hoffe, dass durch die Neuordnung und Neuregelung der Schlüsselzuweisungen einiges verbessert wird und dass die Kommunen, die zu Recht faire Partner des Freistaates Bayern genannt werden, als solche behandelt werden. Natürlich geht es auch um die Bereiche, die bisher relativ schlecht dran sind. Die schwarze Null – mein Vorredner hat dazu Ausführungen gemacht; insofern kann ich mich kurz fassen – muss man einfach einmal beleuchten. Eine schleichende Verschuldung tritt auch ein, wenn zu wenig Geld in den Bauunterhalt gesteckt wird, wenn zu wenig Geld in einen Pensionsfonds eingezahlt wird und ähnliches.

Meine Damen und Herren, was wollen wir haben? – Wir wollen, dass die Kommunen einen relativ großen Spielraum haben und nicht mehr auf einzelne Zuweisungen mit kleinen Beträgen angewiesen sind. Unsere Forderung ist: 15 % Anteil an den Steuereinnahmen für die kommunale Ebene,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

selbst wenn dies momentan teuer kommt. Dies bietet aber den Kommunen einfach Sicherheit über einen längeren Zeitraum.

Ein ganz großes Thema muss in Zukunft die Sanierung unserer Kanal- und Wasserversorgung in den Kommunen sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Kommunen sind teilweise nicht in der Lage, die Sanierung ohne staatliche Förderung durchzuführen. Wir haben Geld für den Bau gegeben, und wir müssen uns jetzt etwas überlegen, wie den ärmeren Kommunen, also denjenigen Kommunen, die es sich nicht leisten können, diese Unterhaltsmaßnahmen durchzuführen, stärker und schneller geholfen werden kann. Darüber haben wir schon einmal diskutiert; erste Erfolge wurden schon erreicht; das ist alles ist aber noch viel zu wenig und dauert zu lange.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Hanisch. Der nächste Redner ist Kollege Mistol. Bitte, Herr Kollege.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir GRÜNE sind der Überzeugung, dass gerade der Einzelplan der Staatsbauverwaltung die Prinzipien der Nachhaltigkeit, der Klimaschonung und auch der Zukunftsfähigkeit erfüllen sollte. Dem ist mit dem vorgelegten Entwurf in keiner Weise Rechnung getragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, beschränken sich darauf, die Lasten weiter in die Zukunft zu verschieben, sei es bei der Bestandserhaltung der Infrastruktur, beim Bauunterhalt oder beim Klimaschutz. Für uns GRÜNE ist es in keiner Weise nachvollziehbar, dass die Mittel für die energetische Sanierung staatlicher Liegenschaften gekürzt werden; denn die derzeitige Sanierungsquote in Bayern muss eigentlich verdreifacht werden, wenn wir das Ziel eines CO₂-neutralen Gebäudebestandes bis 2050 erreichen wollen. Sonst ist diese zeitliche Zielmarke von Anfang an nichts weiter als Makulatur.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch der Haushaltsansatz zur Wohnraumförderung ist eine herbe Enttäuschung. Bezahlbarer Wohnraum wird in den bayerischen Ballungsräumen immer mehr zur Mangelware. Groß waren ja die Erwartungen, als Sie, Herr Staatsminister Herrmann, kurz nach Weihnachten letzten Jahres das Jahr 2014 zum Jahr des Wohnungsbaus ausgerufen haben. Statt jetzt endlich durchzustarten und die Erhöhung der Mittel zur Wohnraumförderung zu verstetigen, setzen Sie in Ihrem Haushaltsentwurf noch im gleichen Jahr schon wieder den Rotstift an und kürzen um rund 51 Millionen Euro. Dabei ist die Wohnungsproblematik bei Weitem noch nicht gelöst. Vor allem der Bestand an Sozialwohnungen geht immer weiter zurück. Allein 2013 sind mehr als 6.300 Sozialwohnungen aus der Bindung gefallen. Wir GRÜNE sehen hier deutlichen Handlungsbedarf – auf jeden Fall mehr als offensichtlich Sie, Kolleginnen und Kollegen von der CSU.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ähnlich ernüchternd sieht die Bilanz bei der Förderung der Schaffung von studentischen Wohnungen aus. Hier reicht es eben nicht, den Ausbau der Studienplatzkapazitäten zu forcieren, aber die notwendige soziale Flankierung jahrelang zu vernachlässigen. Dazu gehört einfach auch die Schaffung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum. Studierende müssen bezahlbar wohnen können. Notquartiere und prekäre

Wohnverhältnisse sind aus unserer Sicht wirklich ein Skandal. Leider ist dies immer noch tatsächlich der Fall.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, während der Wohnraum in den Städten und in den Zuwanderungsregionen immer knapper wird, kämpfen ländliche Regionen gegen Abwanderung und Wohnungsleerstand. Bei der Bewältigung dieser Probleme spielt zum Beispiel die Städtebauförderung eine wichtige Rolle. Wir fordern daher eine Erhöhung des bayerischen Städtebauförderungsprogrammes um 10 Millionen Euro, da es als ergänzendes landeseigenes Programm insbesondere für kleine Städte und Gemeinden im ländlichen Raum konzipiert ist.

Wir wollen auch – das haben wir beantragt – beim Programm Soziale Stadt eine Aufstockung um 10 Millionen Euro, da es einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in benachteiligten Stadt- und Ortszentren leistet. Das ist wirklich ein Programm, in das wir investieren sollten.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen – Kollegin Stamm hat dies vorhin schon getan –, dass alle unsere Änderungsanträge hinsichtlich der Mehrkosten gegenfinanziert sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, den schönen Worten in Ihren Anträgen mit dem Titel, den Menschen die Heimat erhalten, die Sie kürzlich im Innenausschuss vorgestellt haben, können Sie auch Taten folgen lassen, wenn Sie heute unseren Änderungsanträgen zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Jetzt bitte ich Kollegen Winter zum Rednerpult.

Georg Winter (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen, werte Kollegen! Was ist das Besondere an dem Abschnitt Bauen und Verkehr in Bayern und was ist neu daran? – Das Neue und das Besondere ist, dass wir in Bayern jetzt einen Einzelplan haben, in dem der Verkehr und das Bauen gebündelt sind, dass wir ein Ressort für Bau und Verkehr haben und dass der Innenminister von dieser Reform in der Sache profitiert. Das ist wie bei den Zwillingstürmen des Münchner Domes: Die eine Säule ist Inneres, Polizei und Kommunales, die andere Säule, der andere Turm ist das Bündel Bauen und Verkehr. Dies hat viele Vorteile, weil es auch einen großen Abstimmungsbedarf gibt. Sie wissen, dass wir gerade in diesem Bereich Mischzuständigkeiten haben. Der Bund ist bei Straßen und bei der Bahn zuständig; die Länder sind zuständig; die Kommunen sind zuständig. Das heißt, beim ÖPNV, beim SPNV, aber auch bei der Straße haben wir eine Dreigliederung. Deshalb ist es gut, dass diese Bündelung im Rahmen der Kabinettsreform stattgefunden hat. An dieser Stelle geht daher auch Dank an den Ministerpräsidenten.

Der Haushalt, insbesondere dieser Haushalt des Einzelplans 03 B, ist innovativ und kreativ. Er ist noch besser als bisher und solide aufgestellt. Darauf möchte ich auch ganz kurz eingehen. Er ist für unsere Infrastruktur wichtig.

An dieser Stelle sage ich für diese gute Vorlage herzlichen Dank an unseren Fraktionsvorsitzenden Thomas Kreuzer, an den Ausschussvorsitzenden Peter Winter und auch an Sie, Herr Staatsminister Joachim Herrmann, und an Ihren Staatssekretär Gerhard Eck. Dieses Mal hatten wir einen Entwurf – ich denke nur an den Bereich Städtebau und Straße –, mit dem bereits eine echte, gute Basis vorhanden war, sodass sich die Fraktion auf viele andere Dinge konzentrieren konnte.

Einige Punkte vorweg. Gerade ist der Wohnungsbau genannt worden. Blicken wir einmal darauf, was Bayern macht und was die Nachbarn machen. Man muss sich fragen: Was ist aus unserem Musterländle geworden, wo Grün und Rot regieren? Bayern nimmt die Bundesmittel wie Baden-Württemberg. Wir legen 220 Millionen Euro drauf; Baden-Württemberg legt nichts drauf. Das ist der feine Unterschied. Wir sind besser

als im Jahr 2013, indem wir den Wohnungsbau in gleicher Weise fortführen und etwas für die Studenten drauflegen. Es ist eine einfache Übung, hier zu antworten und zu argumentieren.

Ich komme zur Städtebauförderung. Auch dazu möchte ich ganz deutlich sagen: Noch nie war die Städtebauförderung besser ausgestattet als heute. Fairerweise – Kollege Peter Paul Gantzer, Sie verfolgen das konzentriert mit – muss man sagen: Dank dem Koalitionsvertrag in Berlin konnten wir bereits im Frühjahr die parlamentarische Initiative starten und die Städtebauförderung um 60 Millionen Euro erhöhen, sodass wir jetzt in diesem Haushalt einen Höchststand von 207 Millionen Euro haben. Damit trifft neben einer guten Ausstattung der Dorferneuerung unser Motto zu: "Stadt und Land Hand in Hand". Beides ist gut unterlegt. Es ist so, dass die Städtebauer rausgehen und fragen können: Habt ihr ein Anliegen, habt ihr ein Projekt? Denn es gibt zwischenzeitlich auch Orte, wo schon vieles geschehen ist. Insofern ist es gut, dass wir die beiden Programme so stark ausgestattet haben.

Kollege Dr. Kränzlein hat die Barrierefreiheit angesprochen. Ich bin dem Herrn Ministerpräsidenten dankbar, dass er dieses wichtige Zukunftsthema in seiner Regierungserklärung als den roten Faden gesetzt hat. Wo findet Barrierefreiheit statt? Nehmen Sie den gesamten staatlichen Hochbau in der Größenordnung von fünf bis sechs Milliarden Euro, der barrierefreies Bauen umsetzen kann. Oder nehmen Sie die 500 Millionen Euro im Krankenhaus-Topf oder die 423 Millionen Euro im Finanzausgleich, die für die Schulen, für die Kitas zur Verfügung stehen. Überall dort kann barrierefreies Bauen gestaltet werden. Mit den Milliarden, die Jahr für Jahr umgesetzt werden, ist barrierefreies Bauen als roter Faden da. Natürlich haben wir auch ein paar spezielle Dinge mit eingebracht. Kollege Rotter hat sich da engagiert. Jedenfalls ist für dieses Thema eine ganz breite Basis gegeben.

(Wortmeldung des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

- Ich antworte gerne am Schluss meiner Rede. Dann müssen Sie nicht stehen bleiben, Herr Kollege.

Zum Straßenbau muss man sagen: Wir haben 2014 das höchste Niveau erreicht, und das wird mit 250 Millionen Euro für den Um- und Ausbau sowie Bestandserhalt fortgesetzt. Hinzu kommen über Entflechtungsmittel 113 Millionen Euro, über das Bayerische GVFG 30 Millionen Euro, über das FAG 30 Millionen Euro, weitere Mittel über die Sonderbaulast, die Planungen. Dann sind es 450 Millionen Euro, eine knappe halbe Milliarde Euro für den staatlichen und kommunalen Straßenbau. Mit dem Eigenanteil der Kommunen sind wir über der halben Milliarde. Das heißt, da ist eine gute solide Basis gegeben.

Wenn gesagt wird, wir bauen zu üppig, kann ich nur sagen, die Fahrzeuge werden breiter und schwerer; deswegen müssen wir mit Qualität antworten.

Das Gleiche gilt für den Hochbau. Da wird gesagt, das ist zu teuer, das ist zu viel. Wenn wir die Energiesanierung, den Unfallschutz, den Brandschutz bis hin zur Barrierefreiheit berücksichtigen, dann kostet das Geld. Deswegen finde ich es nicht gut, wenn wir sagen, die Standards sind zu hoch. Nein, wir müssen beim Bauen langfristig denken, qualitativ gut sein und noch mehr Ehrgeiz haben.

(Beifall bei der CSU)

Dankbar bin ich dafür, dass Herr Staatsminister Herrmann die Anregung des Ausschusses aufgegriffen hat, dass wir mehr Planungsvorrat brauchen. Warum? Beim Bund hat es sich bewährt, dass man immer etwas in der Schublade hat. Deswegen konnte man dort mehr realisieren. Das ist auch notwendig für die staatlichen Projekte. Wir wissen, dass wir mehr Zeit brauchen, um baureife Maßnahmen hinzubekommen, weil die Mitsprache breiter und stärker geworden ist und weil natürlich viele Wünsche da sind. Dafür ganz herzlichen Dank. – Eine weitere Bitte ist, dass man in den ländlichen Räumen, wo die Fernstraßen weiter entfernt sind, mit Blick auf die Ballungsräume, bei der Beurteilung des Ausbauplanes künftig darauf achtet, dass dort die Staats-

traßen überörtliche Funktion mit übernehmen müssen. Das ist ein wichtiger Punkt. Herr Staatsminister, Sie haben gesagt, Sie wollen das gerne aufgreifen.

Ein Weiteres kommt hinzu: Wir wollen erreichen, dass die Leute nicht zu lange pendeln müssen. Die Schweiz und andere Länder sind hier Vorbild mit maximal 60 Minuten. Denn wer zu lange pendelt, der ändert den Wohnort. Wir wollen, dass die Menschen bleiben können und unsere Jugend ihre Zukunftschancen realisieren kann und nicht ins Zentrum ziehen muss, wo sie im Verdichtungsraum nicht das finden, was sie für eine Familiengründung tatsächlich brauchen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch kurz auf die Beratungen im Haushaltsausschuss eingehen. Die einen sagen, es sei zu viel, die anderen zu wenig. SPD und FREIE WÄHLER haben beim Straßenbau noch mehr gefordert. Die GRÜNEN haben gesagt, das muss zurückgefahren werden. Deswegen, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, sage ich: Ihre Vorschläge sind nicht gegenfinanziert. Das ist eine Falschmeldung. Denn – hören Sie zu, das ist auch immer Ihr Wunsch – die GRÜNEN wollen keinen Um- und Ausbau und keinen Neubau. Was wäre, wenn wir bei unseren Wohnhäusern nur noch Schönheitsreparaturen machen dürften? Die GRÜNEN meinen, Straßensanierung ja, Decke drauf ja, aber die kurvenreiche Strecke muss bleiben, die Unfallkurven dürfen nicht herausgenommen werden, und es darf auch keine neue Straße gebaut werden, damit Lebensqualität in den Orten entstehen kann. Die GRÜNEN sagen, es geht auch ohne Um- und Ausbau, und wollen die 90 Millionen Euro streichen. Da kann man nur dankbar sein, dass es die GRÜNEN nicht schon früher gab, sonst hätten wir ja gar nichts. Wer solche Gegenrechnungen macht, der hat nicht solide gegenfinanziert. Darum ist das nur ein Märchen, steht nur auf dem Papier. In Wirklichkeit taugt das gar nicht.

Mich hat im Haushaltsausschuss schon enttäuscht, dass die GRÜNEN unserer Anregung nicht gefolgt sind, dass Bayern bei 6.000 Kilometern Schieneninfrastruktur, der größten in Deutschland, mehr Planungsmittel bereitstellt: sechs Millionen Euro – drei Millionen Euro 2015 und drei Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen – plus

50 % europäische Mittel, also zusammen zwölf Millionen Euro, damit mehr Projekte auf den Weg kommen. Wenn da die GRÜNEN nicht mitstimmen können, obwohl in Bayern 120 Millionen Zugkilometer gefahren werden, dann wundere ich mich.

Ich wundere mich auch, dass Sie beim Antrag Barrierefreiheit nicht mitstimmen können. Die SPD und die FREIEN WÄHLER haben zugestimmt. Das sind auch nicht unsere Lieblinge.

Ich muss zum Ende kommen. Ich kann nur sagen, wir wollen, dass Bayern als innovatives Bahn-Land vorankommt und dass die Schieneninfrastruktur besser ausgebaut wird. Da sind wir sehr kreativ unterwegs. Ich sage ganz herzlichen Dank und wünsche viel Erfolg bei der Umsetzung.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Winter, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Mistol.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Kollege Winter, dass unsere Änderungsanträge nicht gegenfinanziert sind, halte ich für ein Märchen. Wenn Sie vorhin Ihrer eigenen Ministerin zugehört hätten, wüssten Sie, dass Sie uns sogar dafür gelobt hat. Da sollten Sie sich vielleicht innerhalb der CSU abstimmen. Vielleicht glauben Sie aber Frau Aigner. Sie hat nämlich recht. – Ich wollte aber etwas ganz anderes sagen. Der Bund-Länder-Vergleich scheint ein beliebter Sport bei Ihnen zu sein. Er fehlt praktisch bei keinem Redebeitrag von Ihnen. Das Ganze muss allerdings immer einem Faktencheck standhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Winter, Sie haben Baden-Württemberg angesprochen. Wissen Sie, dass die grün-rote Regierung 64 % mehr für die Wohnraumförderung zur Verfügung stellt als die schwarz-gelbe Vorgängerregierung? – Das unterscheidet sich doch schon etwas von dem, was Sie gerade erzählt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Georg Winter (CSU): Herr Kollege, ich bleibe dabei, auch wenn Sie ein Lob bekommen haben. Man sucht sich ja immer das heraus, was passt. Als Schwabe, als Alemanne sei es mir gestattet, weil ich vom Musterländle überzeugt bin, dass es top war. Aber ich mache nicht nur den Faktencheck mit Prozentrechnen. Wir wissen, da kommt es auf das Hundert an. Ich spreche auch mit den Kollegen der anderen Seite in Baden-Württemberg, weil wir an dieser Landesgrenze Kontakt haben und uns miteinander austauschen.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Ach geh, Sie haben Kontakt?)

Darum bekomme ich mit, was alles stehen bleibt, was alles nicht geschieht, wo sie nicht vorwärtskommen, dass sie die Bundesmittel nicht abrufen. Ich könnte sehr lange darüber berichten, in welche Schwierigkeiten sie dort gekommen sind.

Sie sprechen von Gegenfinanzierung. Ich bleibe meiner Feststellung, dass die SPD bei substantziellen Dingen, auf die man nicht verzichten kann, mehr verlangt als wir und die GRÜNEN sagen: Kein einziger Euro für den Umbau von Straßen, die gefährliche Kurve darf nicht verändert werden, es muss die nächsten tausend Jahre so bleiben. Das ist die Vorstellung der GRÜNEN. Und es darf keine neue Strecke mehr gebaut werden. Die Kollegen von SPD und FREIEN WÄHLERN haben mir gesagt, was wir tun, ist sogar noch zu wenig. Und Sie nehmen das her, um gegenzufinanzieren. Darum ist das eine glatte Milchmädchenrechnung.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte, Herr Kollege Ganserer.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Kollegin Gottstein, bitte sehen Sie es mir nach. Wenn Sie das, was draußen momentan los ist, als Winterwetter bezeichnen, dann zeigt das nur,

dass der Klimawandel bereits im vollen Gange ist. Das ist etwas, womit wir uns auf keinen Fall abfinden sollten. Das ist auch etwas, das nicht normal ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Bayern kommen rund 37 % der CO₂-Emissionen aus dem Verkehrsbereich. Wenn wir den Klimaschutz und die Klimaschutzziele ernst nehmen, dann müssen wir neben der Energiewende ganz dringend auch eine Verkehrswende einleiten. Fliegen ist die mit Abstand klimaschädlichste Art der Fortbewegung. Wir sind der Meinung, dass der Flugverkehr mit der Steuerbefreiung des Kerosins bereits mehr als ausreichend subventioniert worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen halten wir eine weitere Subventionierung mit Landesmitteln für nicht akzeptabel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nicht nur die Beispiele aus anderen Bundesländern zeigen es, sondern auch das Beispiel Hof: Regionalf Flughäfen sind eben nicht wirtschaftlich zu betreiben. Deswegen halten wir einen Ausbau des Regionalf Flughafens Memmingen nicht nur für nicht notwendig, sondern halten eine Subventionierung und Bezuschussung mit Landesmitteln für überhaupt nicht gerechtfertigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für die Verkehrswende müssen wir natürlich zusehen, dass wir den ÖPNV stärken. Gestatten Sie mir einen kleinen Ausblick auf den Einzelplan 13: Dazu haben wir einen Vorschlag unterbreitet, um die Schlüsselverteilung der Entflechtungsmittel anders aufzuteilen. Bisher entfallen jährlich 136 Millionen Euro auf den kommunalen Straßenbau – 60 % der Mittel. Für den ÖPNV bleiben nur 90 Millionen Euro übrig, also 40 %. Wir wollen dieses Verhältnis umkehren, um den ÖPNV zu stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eigentlich wollte ich an dieser Stelle einmal lobend anerkennen, dass sich im Vergleich zu den Jahren vor 2008, als für den Unterhalt der Staatsstraßen viel zu wenig Mittel bereitgestellt worden sind, etwas geändert hat. Damals hat das dazu geführt, dass die Verkehrsinfrastruktur, auch die staatliche Verkehrsinfrastruktur, zunehmend verlottert ist. Jetzt stellen Sie mehr Mittel auch für den Unterhalt bereit. Aber wenn Herr Kollege Winter hier die Fakten verdreht, zeigt das entweder, dass er keine Ahnung hat, oder er argumentiert absichtlich unsauber.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Unterhaltungsmittel greifen wir auf keinen Fall an, weil der Erhalt der Infrastruktur natürlich notwendig ist. Ein weiterer Ausbau der Staatsstraßen ist für uns aus Klimaschutzgründen eben nicht akzeptabel.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Deswegen wollen wir die bestehenden Ausbauprojekte abwickeln und die frei werdenden Mittel dann in Klimaschutzmaßnahmen investieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen Mobilität für alle. Um das Ziel "Bayern barrierefrei" im Jahr 2023 zu realisieren, reicht es eben nicht aus, nur Planungsmittel für den Umbau von Bahnhöfen bereitzustellen. Was nützt es einem Rollstuhlfahrer im S-Bahn-Bereich Nürnberg, wenn er zwar barrierefrei unterwegs sein kann, wenn Sie zum Beispiel für den Umbau des Bahnhofs Fürth zwar Planungsmittel bereitstellen, der Rollstuhlfahrer seinen Anschlusszug aber nicht erreicht, weil er ohne fremde Hilfe nicht auf den anderen Bahnsteig kommt, da der Umbau eben noch nicht stattgefunden hat? Wir fordern deshalb für die Umsetzung dieser Maßnahmen einen eigenen Titel. Wir wollen damit aus den Haushaltsresten bis zu 20 Millionen Euro jährlich für den barrierefreien Umbau von Bahnhöfen bereitstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zuletzt komme ich noch zu Ihrem Lieblings- und Prestigeprojekt, der zweiten Röhre. Da bin ich ganz anderer Meinung als Herr Kollege Dr. Kränzlein. Dies entwickelt sich nämlich immer mehr zu einem Fass ohne Boden. Die geschätzten Baukosten liegen mittlerweile bei 2,5 Milliarden Euro, und die Finanzierung ist eben nicht gesichert. Der Bund hat im GVFG für die Jahre bis 2018 gerade einmal 28 Millionen Euro eingestellt. Es ist alles andere als sicher, ob das GVFG über das Jahr 2019 hinaus fortgeführt wird. Damit entwickelt sich die zweite Röhre zunehmend zu einem Milliardengrab und zum Haushaltsrisiko für den Freistaat Bayern. Deswegen sagen wir: Beenden Sie dieses Trauerspiel! Machen Sie den Weg frei für den Ausbau des ÖPNV in München, in der Metropolregion! Dazu ist eine Vielzahl kleinerer Maßnahmen notwendig, die man schnell realisieren kann, die aber auch finanzierbar sein müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Während Ihr Lieblingsprestigeprojekt dafür sorgen würde, dass die Mittel über Jahre hinaus überwiegend nach München fließen, sind wir der Meinung, dass wir das Geld eben auch für eine Vielzahl kleiner Projekte im ganzen Land brauchen, um dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse entgegenzukommen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte, Herr Kollege Rotter.

Eberhard Rotter (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit möchte ich einiges zu dem Gesagten anmerken und vielleicht noch etwas Neues zu den Bereichen Wohnungsbau und Verkehr ergänzen.

Im Doppelhaushalt stehen für die Jahre 2015 und 2016 immerhin staatliche Wohnraummittel in Höhe von insgesamt 242 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. Davon

sind knapp 160 Millionen Euro Landesmittel. Nennen Sie mir ein Land, das dafür vergleichbar hohe Landesmittel zur Verfügung stellt. Natürlich wäre es immer besser, wenn man noch mehr hätte. Ich glaube aber, dass der Freistaat Bayern seiner Verantwortung durchaus nachkommt. Die Bundesmittel in Höhe von 61 Millionen Euro reicht er selbstverständlich durch; das ist überhaupt keine Frage. Wir legen fast das Dreifache davon noch an Landesmitteln dazu. Für den studentischen Wohnraumbau sind es immerhin 22,5 Millionen Euro. Das ist 50 % mehr, als wir noch vor einigen Jahren hatten.

Der Freistaat allein kann das Ganze natürlich nicht richten, wenn wir zu wenige Wohnungen haben, obgleich wir unserem Ziel von 70.000 Wohnungen durchaus wieder näherkommen. Wir waren einmal bei 35.000 Wohnungen pro Jahr; im Jahr 2013 waren es immerhin 56.000 Wohnungen. So, wie es aussieht, werden wir auch in diesem Jahr eine weitere Steigerung schaffen. Dazu muss aber insbesondere auch der private Wohnungsbau mitmachen, den wir deswegen wieder attraktiver gestalten müssen. Hierzu brauchen wir Abschreibungsmöglichkeiten. Das ist längst überfällig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Im Ballungsraum liegt der Schwerpunkt natürlich auf der Mietwohnraumförderung, während im ländlichen Raum die Eigenwohnraumförderung dominiert. Auch das ist wichtig. Wir reden von der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen, von daher müssen natürlich auch dorthin Mittel fließen.

Ansonsten haben wir flankierend zusammen mit unserem Koalitionspartner auf Bundesebene ein Paket für bezahlbaren Wohnraum geschnürt. Im Koalitionsvertrag ist ausdrücklich festgelegt: Leistungshöhe und Mindestbeträge des Wohngelds werden an die Bestandsmieten und die Einkommensentwicklung angepasst. Das war in den vergangenen Jahren in dieser Form leider auch nicht der Fall. Zudem müssen seit 1. März dieses Jahres Eigentümer, deren Mietshäuser in Gebieten von Milieuschutz-

satzungen liegen, für die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen eine Genehmigung einholen. Dies dient insbesondere einem besseren Mieterschutz. Mit der ebenfalls neu eingeführten Mietpreisbremse dämpfen wir zusätzlich Mietsteigerungen.

In Sachen Einheimischenmodelle, liebe Kolleginnen und Kollegen – das ist wieder im ländlichen Raum von größerer Bedeutung –, brauchen unsere Kommunen schnellstmöglich Rechtssicherheit. Hier ist zusammen mit dem Bund, dem bayerischen Innenministerium, dem Städtetag und dem Gemeindetag ein Gesamtkonzept entwickelt worden, das im Juli dieses Jahres, vor fünf Monaten, der Europäischen Kommission vorgelegt worden ist. Es beruht auf objektiven, nicht diskriminierenden und im Voraus bekannten Kriterien und ist damit europarechtskonform.

Zum Thema Verkehr, liebe Kolleginnen und Kollegen, bringt der Doppelhaushalt 2015/2016 kraftvolle Impulse. Es stehen jeweils wieder weit mehr als 1 Milliarde Euro zur Verfügung. Dieses Geld, das natürlich im Wesentlichen aus Bundesmitteln stammt, gilt es selbstverständlich auch für die kommenden Jahre zu sichern. Hierin sind sich zumindest die Länder mittlerweile einig und können gegenüber dem Bund gemeinsam auftreten.

Verkehrsträger Nummer 1 ist und bleibt die Straße. Wir investieren jedes Jahr in den Ausbau und Erhalt der Bundesfernstraßen und Staatsstraßen. Wenn wir hierfür weiterhin 250 Millionen Euro zur Verfügung haben, dann dient das der Verstetigung. Auch von den staatlichen Bauämtern ist immer wieder beklagt worden, dass sie einmal 50 Millionen Euro mehr und dann wieder 30 Millionen Euro weniger haben. Seit einigen Jahren haben wir jetzt eine Verstetigung auf diesem hohen Niveau.

Wenn die GRÜNEN immer wieder sagen, man möge doch bitte nur für den Unterhalt aufkommen, muss ich feststellen: Der Großteil der Mittel geht in den Unterhalt. Was an Staatsstraßenneubau erfolgt, sind im Wesentlichen Ortsumgehungen, die teilweise auch von Ihnen getragene Bürgerinitiativen vor Ort fordern, weil sie den Verkehr aus

den Ortskernen heraushaben wollen. Bitte nehmen Sie das doch auch einmal zur Kenntnis.

(Beifall bei der CSU)

Zur Entlastung der Straßen setzen wir auf ein attraktives Nahverkehrsangebot. Der Bayern-Takt ist eine Erfolgsgeschichte. Es wurden mehr als 50 neue Haltepunkte errichtet. Ich hoffe, dass wir diese Zahl in den nächsten Jahren über die DB Stationsoffensive auf 100 steigern können.

In Bayern sind täglich rund 1,3 Millionen Menschen in Regionalzügen und S-Bahnen unterwegs, davon 800.000, also mehr als die Hälfte, im Großraum München. Da haben Sie natürlich recht, Kollege Kränzlein, wenn Sie die zweite Stammstrecke ansprechen. Aber wenn Sie behaupten, dass die bayerischen Verkehrsminister hier die Bremser seien, dann liegen Sie völlig falsch; sie bremsen nicht, sondern sie schieben an in diesem Bereich. Wenn Staatsminister Herrmann eine Plausibilitätsüberprüfung der Kosten gemacht hat, ist das nur richtig und sinnvoll, weil wir natürlich wissen müssen, was die ganze Sache kostet, wenn endlich die Planfeststellungsbeschlüsse da sind. Auf diese warten wir mindestens genauso dringend wie Sie auch. – Und weil Sie gerade den Kollegen Zeil angesprochen haben, möchte ich Ihnen nur dies entgegenhalten: Ich brauche ihn eigentlich nicht zu loben, aber der Fairness halber muss ich sagen, dass er in diesem Bereich ebenfalls angeschoben hat.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Wenn das stimmen würde, wären wir 2019 fertig!)

Als Staatsminister Herrmann kürzlich im Wirtschaftsausschuss war – ich denke, Sie haben sicherlich gut zugehört -, hat er ausdrücklich bestätigt, dass netzergänzende Maßnahmen nicht erst nach Fertigstellung der zweiten Stammstrecke kommen sollen,

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Oh ja, da habe ich ganz genau zugehört!)

sondern dass das parallel läuft.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Und dann wird das widerrufen!)

Das ist eine Neuerung im Vergleich zu seinem Vorgänger, und das ist absolut zu begrüßen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Ende.

Eberhard Rotter (CSU): - Ich habe es gesehen, Frau Präsidentin. - Nur noch ein abschließendes Wort zum barrierefreien Ausbau der Stationen: Das ist Bundesangelegenheit.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Ach geh!)

- Kollege Kränzlein, wer ist denn der Eigentümer der Bahnhöfe? – Das ist die DB.

(Zurufe von der SPD)

Und wer ist davon wiederum der Eigentümer? – Das ist der Bund.

Sie sollten uns loben, dass wir endlich Planungsmittel zur Verfügung stellen, damit die Bahn schneller in die Gänge kommt. Sie sollten uns da nicht schelten. Das werden Sie allerdings wohl nie und nimmer einsehen. – Ich bedanke mich fürs Zuhören und bitte um Zustimmung zum Einzelplan 03 B.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Jetzt bitte ich Herrn Staatsminister Herrmann zum Rednerpult. – Bitte sehr.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zum Abschluss dieser Debatte über die beiden Haushaltspläne des Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr nur zu ein paar der

angesprochenen Themen kurz Stellung nehmen, zunächst zum Thema Sicherheit. Ich glaube, wir können alle gemeinsam einerseits dankbar und andererseits ein klein bisschen im richtigen Sinn des Wortes stolz darauf sein, dass wir in dem Land in Deutschland leben dürfen, das ganz eindeutig das sicherste aller 16 Bundesländer ist. Es hat zusammen mit dem Nachbarland Thüringen die niedrigste Kriminalitätsrate und die höchste Aufklärungsquote. Das war jedenfalls bislang in Thüringen so; mal sehen, wie sich das in Zukunft entwickelt. Auf jeden Fall lebt man in Bayern sicherer als anderswo. Ich habe gestern Abend bei dem Empfang, den der Münchner Oberbürgermeister traditionell für die Sicherheitskräfte in München gibt – Polizei, Feuerwehr, U-Bahnwache, Rettungsdienste etc. – darauf hingewiesen – da waren wir uns auch völlig einig –, dass München zu den sichersten Millionenstädten Europas gehört. Auf jeden Fall ist es die sicherste Millionenstadt Deutschlands.

Bei einem Vergleich der Kriminalitätsbelastung von München und Köln – beide Städte sind mit über einer Million Einwohner in der Größenordnung ziemlich gut vergleichbar – stellt man fest, dass die Kriminalitätsbelastung in Köln genau doppelt so hoch ist wie in München. Deshalb darf ich mir erlauben festzustellen: Wenn München in dem sagenhaften Nordrhein-Westfalen mit der dortigen Landesregierung liegen würde, wäre es um die Sicherheit seiner Menschen wesentlich schlechter bestellt.

(Beifall bei der CSU)

Dank der Tatsache, dass München die bayerische Landeshauptstadt ist, haben die Münchner die niedrigste Kriminalitätsbelastung aller deutschen Großstädte über 200.000 Einwohner.

(Zurufe von der SPD – Unruhe)

Das ist der gemeinsame Erfolg – so habe ich das gestern Abend im Alten Münchner Rathaus auch gesagt – einer starken Sicherheitspolitik in Bayern in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen. Das hat der Münchner Oberbürgermeister genau so gesehen.

(Beifall bei der CSU)

Das ist die Realität, und dafür stehen wir in der Tat seit vielen Jahren.

(Beifall bei der CSU)

Weil es wichtig ist, dieses Sicherheitsniveau aufrechtzuerhalten, ist es auch richtig, weiterhin in gutes Personal bei unserer Polizei zu investieren. In den letzten fünf Jahren sind über 6.600 Nachwuchsbeamte eingestellt worden. Wir haben damit deutlich mehr Beamte neu eingestellt, als in den Ruhestand gegangen sind, und wir haben bereits im noch laufenden Doppelhaushalt 840 zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten geschaffen. Heuer sind 1.280 junge Kolleginnen und Kollegen neu eingestellt worden, und wir konnten in ähnlicher Größenordnung junge, fertig ausgebildete Beamte in die Inspektionen abgeben.

Im Doppelhaushalt, der Ihnen jetzt zur Beschlussfassung vorliegt, haben wir zusätzliche Planstellen für Polizei und Verfassungsschutz vorgesehen, wo sich die Mitarbeiter insbesondere um die Cyber-Sicherheit kümmern. Es gibt 330 zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten. Die zusätzlichen Ausbildungsstellen werden verlängert, und damit können wir schon in den nächsten zwei Jahren Vorsorge treffen, indem wir den Nachwuchs bereits jetzt ausbilden, den wir in der Tat brauchen, da in den Jahren 2018 bis 2020 besonders starke Jahrgänge in unserer Polizei in den Ruhestand gehen werden.

Das ist zukunftsorientierte Politik, heute den Nachwuchs auszubilden und einzustellen, der mit seiner Ausbildung fertig sein wird, wenn die starken Jahrgänge in den Ruhestand gehen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Fakt ist doch, lieber Herr Aiwanger, dass Sie sonst in keinem anderen Bundesland regieren. Und das ist auch gut so.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das kommt schon noch!)

Den anderen beiden Oppositionsparteien darf ich sagen: Eine so gute Personalausstattung für die Polizei gibt es nur in Bayern. Es gibt eine Reihe anderer Bundesländer, auch rot-grün-regierte, die bei der Polizei sparen und Stellen abbauen. Wir bauen auf bei der Polizei. Das ist der Unterschied.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Aber jetzt zu Ihren Ausführungen, lieber Herr Professor Gantzer. Ich höre Ihnen immer gern aufmerksam zu, und Sie sagen Gott sei Dank häufig sehr viel Richtiges. Sie fordern aber ausgerechnet heute, nach all den Jahren der Organisationsreform in der Polizei, die wir erfreulicherweise gut abgeschlossen haben,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Na ja!)

jetzt wieder von vorne anzufangen und das ganze Rad zurückzudrehen und wieder eine vierstufige Organisationsform einzuführen, also die Polizeidirektionen wiederherzustellen. Das dürfte schwierig sein. Sie bringen keine 10 % vom Personal der bayerischen Polizei auf die Beine, die dies ernsthaft befürworten würden.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): 75 % sind dafür!)

Alle sind froh, dass mit den Organisationsreformen jetzt erst einmal Schluss gemacht wurde und dass sich die Polizei wieder ihren eigentlichen Aufgaben widmen kann.

(Anhaltende Zurufe des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wir haben eine gute Organisationsreform. Wir sind gut aufgestellt und haben die technisch modernsten Einsatzzentralen in allen Präsidialbereichen Bayerns geschaffen. Auf dieser Grundlage muss nun gute Arbeit geleistet werden. Genau das schafft unsere Polizei. Eine neue Organisationsreform beginnen wir jetzt jedenfalls nicht.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Kollege Aiwanger, Sie haben in Ihrer Zwischenbemerkung gefragt, wie es nun mit der neuen Dienstuniform aussieht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Genau, das wäre interessant!)

Das Entscheidende bei der neuen Uniform ist, anders als es in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, nicht die neue Farbe, sondern vielmehr, dass wir modernere Uniformen aus moderneren Textilien bekommen. Wenn man sieht, was heute viele Private ganz selbstverständlich beispielsweise an moderner sogenannter Outdoor-Kleidung und Freizeitkleidung haben, je nachdem, welche Kleidungsstücke man entsprechend den Jahreszeiten im kalten oder nassen Winter und im heißen Sommer trägt, dann ist klar, dass die bisherige Ausstattung einfach nicht mehr zeitgemäß ist. Deswegen haben wir diesen Modernisierungsprozess angestoßen. Nebenbei bemerkt dürfen alle uniformierten Kolleginnen und Kollegen der Polizei im kommenden Frühjahr selbst entscheiden, welche Farbe sie wollen. Die Farbe ist nämlich für die Materialien nebensächlich. Sie können die gleichen Textilien genauso in grün wie in blau haben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann darf jeder seine eigene Farbe wählen!

– Zuruf von der CSU: Mei oh mei, Aiwanger!)

Aber ich habe versprochen: Das entscheiden die Kolleginnen und Kollegen selbst. Das werde nicht ich entscheiden, sondern alle Uniformierten werden selber entscheiden können. Ich hatte zunächst für diesen ganzen Prozess einen Zeitplan, der eine Einführung ab dem Jahr 2018 vorsah. Ich habe mehrfach kritisch nachgefragt, ob das nicht ein bisschen schneller geht und ob man die Entscheidungsprozesse ein bisschen beschleunigen kann. Wir sind jetzt im Trageversuch und wollen im nächsten Jahr die Entscheidungen herbeiführen. Wir werden das natürlich alles dem Parlament vorlegen; denn das kostet ja am Schluss Geld. Wenn das soweit alles klar geht, bin ich zuversichtlich, dass wir Ende 2016, Anfang 2017 zur Einführung der Uniform kommen werden. Das ist jedenfalls im Moment unser Zeitplan, Herr Kollege Aiwanger.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Thema Mobilität und Ausbau vor allen Dingen von Straßen und Schienen. Ich möchte mich beim Hohen Haus herzlich bedanken, dass wir den Staatsstraßenhaushalt schon im laufenden Jahr 2014 durch den Nachtragshaushalt auf insgesamt 250 Millionen Euro erhöhen konnten. Das ist Geld, das wir draußen in der Tat dringend brauchen. Dieses hohe Niveau wollen wir in den nächsten beiden Jahren 2015/2016 fortführen und verstetigen, wie gerade angesprochen worden ist. Das ist ungemein wichtig; denn es ist in der Tat klar: Das Niveau, das der Staatsstraßenhaushalt vor etwa zehn Jahren zeitweilig hatte, war eindeutig zu niedrig. Da haben wir in der Tat noch ein bisschen Rückstau; aber mit dem Niveau, das der Staatsstraßenhaushalt jetzt hat, können wir manchen Rückstau abbauen. Wir sind jetzt gut unterwegs, und das wird mir überall, wo ich hinkomme, bestätigt. Ich weise ausdrücklich darauf hin, weil Herr Ganserer wieder über die moderne Mobilität gesprochen hat, dass dabei sowohl bei den Bundesstraßenmitteln als auch bei den Staatsstraßenmitteln ein erheblicher Teil zum Beispiel zum Ausbau unseres Radwegnetzes enthalten ist. Ein herzliches Dankeschön dafür, dass die Mehrheitsfraktion des Landtags dieses hohe Niveau des Staatsstraßenhaushalts geschaffen hat!

Wir investieren aber gleichzeitig in den Schienenpersonennahverkehr. Da gibt es die angesprochenen Regionalisierungsmittel, bei denen wir vorweisen können, dass wir sie in Bayern zu einem echten Erfolg geführt haben. Es ist jetzt zwanzig Jahre her, dass der Bund über seine Bahnreform entschieden hat. Damals wurde entschieden: Die Deutsche Bahn ist selbst unmittelbar für den Fernverkehr zuständig und es wird eine eigene Netz AG gebildet, der Nahverkehr wird aber in der Durchführung den Ländern übertragen, der Bund stellt Mittel zur Verfügung. Welcher Zug in welchem Takt wann wo fahren soll, sollen die Länder entscheiden, weil sie näher dran sind. – Dies hat sich als Riesenerfolgsmodell für den Schienenpersonennahverkehr in Bayern erwiesen. Ich darf noch einmal in Erinnerung rufen: Vor zwanzig Jahren wurden in Bayern 82 Millionen Zugkilometer im Jahr gefahren. Für das Jahr 2014 haben wir in Bay-

ern 121 Millionen Zugkilometer bestellt. Das heißt, der Schienenpersonennahverkehr ist in gefahrenen Kilometern in den letzten zwanzig Jahren um volle 50 % gewachsen, seitdem ihn der Freistaat Bayern selbst lenken und organisieren kann. Die Strecken werden im Wettbewerb vergeben; die DB Regio fährt immer noch das Meiste, aber sehr viel wird auch von privaten Wettbewerbern geleistet. Das funktioniert gut.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Na ja, das funktioniert manchmal!)

Meine Damen und Herren, es ist richtig, dass wir jetzt eine Fortschreibung der Regionalisierungsmittel brauchen. Das Gesetz endet ja offiziell am 31. Dezember. Es ist klar, dass die Regionalisierungsmittel fortgeführt werden müssen. Wir haben uns im Kreis der Verkehrsminister aller Länder - dem hat sich inzwischen der Bundesrat angeschlossen - die klare Forderung an den Bund gerichtet, dass diese Mittel erhöht werden müssen. Man hat sich jetzt wohl in Berlin in der Großen Koalition darauf verständigt, in dieses Gesamtpaket über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen inklusive GVFG – dazu sage ich gleich noch einen Satz – und inklusive des Länderfinanzausgleichs usw. alles einzubeziehen. Das kann man so machen. Entscheidend ist, dass wir zügig zu Entscheidungen kommen.

Im Moment muss aber keiner irgendwelche Reduzierungen fürchten. Das vorhandene Niveau wird im Jahr 2015 mit der üblichen Steigerung von bisher 1,5 % fortgeführt werden. Davon gehe ich im Moment jedenfalls aus. Wir sagen allerdings klar, daraus mache ich überhaupt keinen Hehl: Diese 1,5 % sind als Dynamisierung auf Dauer völlig unzureichend; denn wenn die Bundesnetzagentur der DB Netz AG in den letzten Jahren ständig Preissteigerungen, die sie uns auch im Nahverkehr in Rechnung stellt, von über 2 %, teilweise bis zu 3 %, genehmigt, dann geht es natürlich nicht an, dass man uns nur ein Wachstum der Mittel von 1,5 % zubilligt, mit dem wir dann wieder die Züge bestellen können. Das kann nicht funktionieren. Deshalb haben die 16 Länder gemeinsam eine klare Erwartung an den Bund, dass die Dynamisierung auf 2,8 % per annum angehoben wird und dass auch der Gesamtplafond insgesamt angehoben wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was den Schienenpersonennahverkehr anbetrifft, ist es entscheidend, dass wir im kommenden Jahr 2015 die klaren Entscheidungen über die Finanzierung und über den Bau der zweiten Stammstrecke hier in München fällen. Diese Strecke, dieser zweite Tunnel, der wohlgerne nicht nur S-Bahnen, sondern auch Zügen aus der Metropolregion dienen soll,

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Hoffentlich!)

ist dringend notwendig, wenn das Schienenpersonennahverkehrsnetz in der Region München nicht im nächsten Jahrzehnt kollabieren soll.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb setzen wir uns dafür konsequent ein. Deshalb sind die entsprechenden Verpflichtungsermächtigungen in diesem Doppelhaushalt enthalten. Wir müssen dieses Thema voranbringen. Der Ministerrat hat heuer einen Meilensteinplan beschlossen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir, sobald die Planfeststellungsbeschlüsse vorliegen - das ist die Voraussetzung -, vorankommen. Keiner von uns hier, lieber Herr Kollege Kränzlein, hat unmittelbaren Einfluss auf das Eisenbahn-Bundesamt; das ist eine unabhängige Behörde. Ich mache bei jeder Gelegenheit deutlich, dass ich mir wünsche, dass diese Planfeststellungsbeschlüsse so schnell wie möglich erlassen werden. Das ist klar. Aber wir können es nicht erzwingen. Sobald diese Beschlüsse vorliegen, kann die Deutsche Bahn, so sieht es der Zeitplan vor, zumindest für einen Teil der Baumaßnahmen in die ersten Ausschreibungen gehen. Das Ergebnis dieser Ausschreibungen ist dann die letzte Messlatte dafür, ob die bisherigen Kalkulationen realistisch sind und ob dieser Tunnel mit den angedachten Finanztableaus tatsächlich gebaut werden kann. Ich habe jedenfalls die feste Zielsetzung, dass wir über dieses in der Tat schwierige Thema, eine der größten Investitionen in diesem Bereich in unserem Land seit vielen Jahren überhaupt, im kommenden Jahr endgültig entscheiden.

Dazu brauchen wir natürlich die Mithilfe der Landeshauptstadt München. Auch der neue Oberbürgermeister und die schwarz-rote Mehrheit im Stadtrat von München sind

dazu fest entschlossen, soweit ich das beurteilen kann. Dazu brauchen wir noch den Bund. Der Bund kann das nur darstellen, wenn gleichzeitig auf Bundesebene die Verlängerung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes beschlossen wird. Herr Kollege Ganserer, es ist ziemlich unsinnig, wenn die Verlängerung infrage gestellt wird. Das steht im Koalitionsvertrag in Berlin. Darin sind sich CDU/CSU und SPD in Berlin völlig einig. In den Verhandlungen geht es darum, auf welchem Niveau und mit welchem Finanztableau das GVFG verlängert wird. Nur im Leisesten daran zu zweifeln, dass sich die Große Koalition in Berlin darin einig ist, dass das GVFG verlängert wird, halte ich nun wirklich für groben Unfug. So ein Unfug sollte auch von den GRÜNEN hier nicht in die Debatte eingeführt werden.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will nur mit einem Nebensatz sagen, dass die Verantwortung des Bundes auch für den barrierefreien Ausbau der Bahnhöfe gilt. Wir werden uns in Sachen Barrierefreiheit im Schienenpersonennahverkehr weiter engagieren. Die Hauptverantwortung hat aber zunächst die Deutsche Bahn. Sie haben ein zutreffendes Beispiel angesprochen, Herr Kollege Ganserer. Ich meine den Hauptbahnhof Fürth. Dort wurden mit Unterstützung durch bayerische Mittel die S-Bahnsteige 1 und 2 barrierefrei ausgebaut. Der Freistaat Bayern ist aber nicht dafür zuständig, die ICE-Bahnsteige und sonstigen Bahnsteige 3, 4, 5, 6 und 7 barrierefrei auszubauen. Das ist nun wirklich eine Kernaufgabe der Deutschen Bahn. Darüber sollten wir uns hier auch einig sein.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden hier weiterhin Dampf machen und schauen, dass wir die Maßnahmen voranbringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich abschließend noch ein herzliches Dankeschön dafür sagen, dass uns für die nächsten zwei Jahre die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden. Mit den Mitteln, die in diesem Haushaltsentwurf enthalten

sind, wollen wir den hohen Standard sowohl an Sicherheit wie an Lebensqualität in unserem Land halten. Wir können das aber nur tun – das will ich über diese Haushaltsdaten hinaus ausdrücklich sagen -, weil unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit großem persönlichen Engagement Tag für Tag weit mehr tun als ihre Pflicht. Das gilt für die Vollprofis, für die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das gilt auch für Tausende von Helferinnen und Helfern, die ehrenamtlich unterwegs sind.

Ich danke sehr herzlich den über 40.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der bayerischen Polizei und des Verfassungsschutzes, den rund 470.000 Einsatzkräften bei Feuerwehren, den freiwilligen Hilfsorganisationen, dem THW und den sonstigen Einheiten des Katastrophenschutzes, von denen 450.000 ehrenamtlich im Einsatz sind. Ich danke den 11.000 Mitarbeitern der staatlichen inneren Verwaltung und den weiteren 190.000 Bediensteten der Kommunen in unserem Land. Ich danke den 10.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Staatsbauverwaltung einschließlich der fast 3.400 Beschäftigten des Straßenbetriebsdienstes, die gerade in den nächsten Winterwochen wieder Tag und Nacht und auch an den Feiertagen zu tun haben werden, um unsere Straßen für uns alle betriebsfähig zu halten. Allen diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein ganz herzliches Dankeschön dafür, dass wir uns Tag und Nacht auf ihre Einsatzbereitschaft verlassen können!

(Beifall bei der CSU)

Ich danke schließlich sehr herzlich den Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses für die guten und konstruktiven Beratungen der Einzelpläne 03 A und 03 B. Ich danke dem Vorsitzenden Peter Winter, dem stellvertretenden Vorsitzenden Volkmar Halbleib, den Berichterstattern Petra Dettenhöfer, Georg Winter, Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Reinhold Strobl, Bernhard Pohl, Alexander Muthmann, Thomas Mütze und Claudia Stamm. Auch kritische Beiträge bringen uns manchmal in der Entscheidungsfindung voran. Insgesamt haben wir einen starken Haushalt für die nächsten beiden Jahre. Ich bitte Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, um Zustimmung zu diesem Haushalt des Innenministeriums.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Kollege Florian von Brunn gemeldet.

Florian von Brunn (SPD): Herr Staatsminister, erlauben Sie mir eine Zwischenbemerkung zum öffentlichen Verkehr, und zwar zu Ihrem sogenannten 13-Punkte-Sofortprogramm zum Bahnknoten München und zur S-Bahn München aus dem Jahr 2012, genauer gesagt vom Mai 2012. Verdient dieses Programm eigentlich noch den Namen Sofortprogramm, wenn Sie es bis Ende 2014 schaffen, gerade einmal eine Maßnahme, nämlich die Elektrifizierung der Strecke nach Altomünster, durchzuführen? Woran liegt es, dass bisher so wenig realisiert worden ist? Liegt das an der Unterfinanzierung, so frage ich zum Beispiel mit Blick auf den Regionalzughalt Poccistraße, den Sie erst 2022 fertigstellen wollen, oder liegt es an der Planung der S-Bahnverlängerung nach Geretsried, über die wir im nächsten Jahr dann schon 41 Jahre lang diskutieren? Eine letzte Frage: Wann ist aus Sicht der Staatsregierung mit dem Abschluss der anderen zwölf Maßnahmen zu rechnen?

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Wir haben über den Stand der Maßnahmen erst kürzlich im Fachausschuss ausführlich berichtet. Ich bin froh, dass wir am kommenden Sonntag die elektrifizierte Strecke Dachau – Altomünster in Betrieb nehmen können. Das ist schon ein bedeutsamer Fortschritt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege von Brunn, auf eine parteipolitisch primitive Art könnte ich jetzt sagen: Sagen Sie mir einmal, was in den elf Jahren, in denen es einen SPD-Bundesminister gegeben hat, vorangekommen ist. Da war der Fortschritt null Komma null.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege von Brunn, ich führe die Debatte nicht auf diesem Niveau. Seitdem ich dafür zuständig bin, habe ich die Debatten zu keinem Zeitpunkt auf diesem Niveau geführt. Ich habe Ihnen an dem anderen Beispiel gerade erklärt, dass ich nicht darüber verfügen kann, wann das Eisenbahn-Bundesamt mit einem Planfeststellungsverfahren

fertig wird. Dass diese Maßnahmen alle für das jetzt zu Ende gehende Jahr angekündigt waren, dass sie sich aber dann immer wieder verzögert haben, kann ich nicht ändern. Der Münchner Oberbürgermeister kann auch nichts daran ändern. Dass wir über die zweite Stammstrecke keine weiteren Entscheidungen treffen können, bevor der Planfeststellungsbeschluss vorliegt, ist eben so.

Es gibt andere Maßnahmen, die wir weiter voranbringen können. Ich mache kein Hehl daraus, es gibt Maßnahmen, bei denen es bei der Deutschen Bahn extrem schwierig ist. Bei der Strecke Wolfratshausen – Geretsried konnte ich nicht mehr tun, als alle an einen Tisch zu holen. Es war ein sehr konstruktives Gespräch. Es waren alle politischen Gruppierungen mit am Tisch. Da hatte mir die Bahn auch versprochen, dass sie nach einem halben Jahr darlegt, wie dieses Projekt aussehen könnte und was es dann kostet. Ich habe die Bahn seither dreimal angemahnt. In der Tat ist jetzt schon ein viel längerer Zeitraum vergangen, und ich habe immer noch keine Antwort bekommen. Was soll ich machen? Ich kann die Bahn öffentlich anprangern. Ich kann es aber nicht erzwingen. Das ist das Problem. Die Kolleginnen und Kollegen im Straßenbau sind unmittelbar meine Mitarbeiter. Denen kann ich eine Anweisung geben und sagen: Das habt ihr jetzt als Erstes zu machen, und das andere habt ihr im nächsten halben Jahr zu machen, und dergleichen mehr. Die Deutsche Bahn kann ich bitten oder beauftragen. Wir bezahlen die Planungen und dergleichen. Ich kann aber nichts erzwingen.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Wem gehört denn die Deutsche Bahn?)

Die Tatsache, dass die Deutsche Bahn jetzt eine privatrechtliche Aktiengesellschaft ist, hat die Verfahren und Entscheidungen nicht beschleunigt. Das will ich jetzt aber nicht in allen Einzelheiten ausführen. Ich kann Ihnen nur sagen: Ich versuche wirklich, so viel Tempo wie möglich in die ganzen Verfahren hineinzubringen.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe gerade zu diesen Bahnprojekten in den letzten zwölf Monaten sehr viele Gespräche mit der Deutschen Bahn und den Kommunen geführt und mir vor Ort die Projekte angeschaut. Ohne Selbstbeweihräucherung zu betreiben, wage ich zu behaupten, dass sich schon lang keiner mehr mit solcher Intensität mit diesen Themen beschäftigt hat. Ich sehe auch durchaus einen Fortschritt. Es ist nicht so, dass die anderen Projekte nicht vorankommen. Es hätte vieles miteinander schneller vorankommen können. Ich bin zuversichtlich – sicher kann ich mir immer erst dann sein, wenn die Deutsche Bahn das Projekt auf den Tisch legt -, dass wir im kommenden Jahr 2015 einen großen Durchbruch erreichen. Die Hälfte der Maßnahmen in dem Sofortprogramm hängt vom Projekt zweite Stammstrecke ab, weil sie in deren Finanzierung mit enthalten sind, was vielen in der Öffentlichkeit gar nicht so bewusst ist. Die Hälfte dieser Maßnahmen ist in der Finanzierung der Zweiten Stammstrecke enthalten. Herr Kollege von Brunn, ich bin zuversichtlich, dass wir hier zügig vorankommen werden. Ich werde dem Hohen Haus weiterhin detailliert darüber berichten. Wir brauchen das. In anderen Teilen Deutschlands wird darüber geklagt, dass die Züge leer sind.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Minister, seien Sie in Ihrer Antwort nicht zu ausufernd. Mir liegt noch der Wunsch nach einer weiteren Zwischenbemerkung vor.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, lassen Sie mich den Satz zu Ende führen. Die S-Bahn-Züge sind voll. Sie sind überfüllt. Wir stehen vor der Herausforderung des Erfolges des S-Bahn-Systems in München. Jetzt müssen wir die Entscheidungen für die Investitionen treffen, damit sich dieses System weiterhin erfolgreich entwickeln kann. Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. Herr Ganserer, bitte.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, habe ich Sie richtig verstanden, dass es in Berlin die Überlegung gibt, das GVFG in die Verhandlungen

über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen einzubeziehen? Wenn ja, wie wollen Sie dann in Abrede stellen, dass es in Berlin in der Großen Koalition Überlegungen gibt, das GVFG nicht mehr fortzuführen? Ich möchte die Bahn beim barrierefreien Ausbau der Bahnhöfe nicht aus der Pflicht nehmen. Stimmen Sie mir zu, dass die Staatsregierung mit Landesmitteln in den letzten Jahren Bahnhöfe barrierefrei ausgebaut hat und es sich dabei nicht nur um S-Bahnhöfe handelt? Stimmen Sie mir zu, dass das vollmundige Versprechen, Bayern bis zum Jahr 2023 im gesamten ÖPNV barrierefrei zu machen, nicht einzuhalten ist und der Ministerpräsident den Mund zu voll genommen hat? Die Staatsregierung hat es nicht im G'nack, dieses Versprechen bis 2023 zu realisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Ich möchte bei der letzten Frage anfangen. Der Ministerpräsident hat klipp und klar erklärt, dass sich die Ankündigung, Bayern bis zum Jahr 2023 barrierefrei zu machen, auf die Zuständigkeit des Freistaats Bayerns bezieht. Das liegt auch in der Natur der Sache. In einem Polizeidienstgebäude, in einem Finanzamt oder in einem Universitätsgebäude muss die Barrierefreiheit hergestellt werden. Der Freistaat Bayern ist weder für die barrierefreie Gestaltung eines Zollamts des Bundes noch für die barrierefreie Gestaltung des Münchner Rathauses zuständig. Jede Ebene ist für ihren Bereich zuständig. Dazu hat sich der Ministerpräsident klar geäußert.

Wir sind unzufrieden mit dem Tempo der Deutschen Bahn. Wir haben in den letzten Jahren zusätzliche Landesmittel bereitgestellt und werden das auch in den nächsten Jahren tun, um bei den Bahnhöfen in Bayern weiterzukommen.

Zum GVFG. Ich weiß nicht, was Sie für Informanten haben. Es gibt einen Koalitionsvertrag, der vor einem Jahr geschlossen worden ist. In diesem Koalitionsvertrag steht klipp und klar, dass das GVFG fortgeführt werden muss. Ich war bei den Verhandlungen dabei. Darüber gab es überhaupt keinen Streit. Niemand musste gewaltsam zu

einem Kompromiss gezwungen werden. Die CDU/CSU und die SPD waren sich von Anfang an einig, dass das GVFG fortgeführt wird. Ich kenne keine ernsthafte Stimme aus der Großen Koalition in Berlin, die dies in irgendeiner Weise infrage stellen würde. Dieses Thema wurde in die Bund-Länder-Finanzbeziehungen einbezogen, weil das Finanztableau, die Ausstattung, geregelt werden muss. Es geht nicht darum, ob das Gesetz verlängert wird, sondern auf welchem Niveau es über das Jahr 2019 hinaus verlängert wird. Darüber wird verhandelt. Das ist auch legitim. Ich hoffe, dass es bis zum Sommer nächsten Jahres über dieses Gesamtpaket, den Länderfinanzausgleich, die Regionalisierungsmittel und das GVFG, in der Großen Koalition eine Einigung geben wird. Ich kann das nicht versprechen, würde es mir aber wünschen. Ich gehe davon aus, dass sich in diesem Hause eine große Mehrheit dafür einsetzen wird.

Die Verkehrsminister aller Länder sind sich parteiübergreifend einig, dass dies ein wichtiges Thema ist, das nicht bis zum Jahr 2019 warten kann. In den Kommunen und bei der Bahn muss geplant werden. Wir brauchen eine Perspektive, wann die nächsten Strecken in Angriff genommen werden können. Wir müssen jetzt Klarheit über die nächsten Ausbaumaßnahmen schaffen. Deshalb muss über dieses Gesamtpaket spätestens im nächsten Jahr auf Bundesebene entschieden werden. Ich bin sehr zuversichtlich. Lieber Herr Ganserer, wir sollten in der Öffentlichkeit keine Verwirrung stiften.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt. Ich möchte Sie bitten, aufmerksam zu sein, da wir jetzt viele Abstimmungen vornehmen werden.

Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 9 – das ist der Antrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Claudia Stamm und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "G7-Gipfel kostet Bayern kleinen zweistelligen Millionenbe-

trag' – deswegen: Bayern muss Geld zurückfordern" auf der Drucksache 17/3558 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 8. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016, Einzelplan 03 A, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3326 mit 17/3332, 17/3342 mit 17/3349, 17/3384, 17/3385, 17/3400 mit 17/3403 und 17/3418 mit 17/3423 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4426 zugrunde.

Zunächst führen wir die bereits zu Beginn der Beratung angekündigten namentlichen Abstimmungen durch.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/3331 in namentlicher Form ab. Für die Stimmabgabe sind die Urnen wie gewohnt aufgestellt. Für die Stimmabgabe haben wir fünf Minuten vorgesehen. Wir beginnen jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 18.07 bis 18.12 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Stimmabgabe ist nun abgeschlossen. Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit. Wir zählen jetzt außerhalb des Saales aus. Aber es geht sofort mit der nächsten namentlichen Abstimmung weiter. Wir sind schon eine Stunde in Zeitverzug. Das ist alles Ihre Zeit.

(Zuruf von der CSU: Wir haben Zeit!)

- Dann ist es gut. Wir führen nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/3344 durch. Die Urnen

sind bereitgestellt. Für die Stimmabgabe haben Sie drei Minuten Zeit. Wir beginnen jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 18.13 bis 18.16 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen. Wir müssen jetzt eine Abstimmung in einfacher Form vornehmen, bevor es dann mit der nächsten namentlichen Abstimmung weitergehen kann. Bitte nehmen Sie doch Platz.

Nachdem nun die Stimmabgabe abgeschlossen ist und das Ergebnis außerhalb des Plenarsaals ermittelt wird, führen wir zwischenzeitlich die von der SPD-Fraktion geforderte Abstimmung über den Änderungsantrag auf Drucksache 17/3342 in einfacher Form durch. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer dem Änderungsantrag entgegen dem Votum des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – SPD. Gegenstimmen bitte! – CSU. Enthaltungen? – FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir unterbrechen nun die Sitzung kurz und warten das Ergebnis der namentlichen Abstimmungen ab.

(Unterbrechung von 18.17 bis 18.19 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir nehmen die Sitzung wieder auf. Ich gebe nun das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt, zunächst zum Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Neubau des Polizeigebäudes in Passau bereits im Jahr 2015", Drucksache 17/3331.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Mit Ja haben 56, mit Nein haben 100 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Ich komme zum Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz und anderer (SPD) betreffend "Haushaltsplan 2015/2016; hier: Förderung vereinseigener Sportstättenbau", Drucksache 17/3344: Mit Ja haben 37, mit Nein haben 88 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: 32. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 11)

Der Einzelplan 03 A wird nun vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/4426 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Die Abstimmung soll in namentlicher Form erfolgen. Abstimmungsgrundlage ist der Einzelplan 03 A mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen. Für die Stimmabgabe stehen die Urnen wieder bereit. Dafür haben wir fünf Minuten vorgesehen. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden.

(Namentliche Abstimmung von 18.21 bis 18.26 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Die Stimmen werden außerhalb des Plenarsaals ausgezählt.

Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit, weil wir in der Tagesordnung fortfahren wollen. Wir kommen jetzt zum Einzelplan 03 B; das ist der Tagesordnungspunkt 10. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016, der Einzelplan 03 B, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3333 mit 17/3335, 17/3350 mit 17/3354, 17/3386 mit 17/3388, 17/3404 mit 17/3413, 17/3424 und 17/3425 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4427 zugrunde. Der Einzelplan 03 B wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf

Drucksache 17/4427 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Die Stimmabgabe wird in namentlicher Form durchgeführt. Sie haben dafür jetzt drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 18.26 bis 18.29 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen. Wir müssen wieder Abstimmungen in einfacher Form vornehmen.

Ich komme zurück zu Tagesordnungspunkt 8. Das ist der Einzelplan 03 A – und gebe nun das Ergebnis der Abstimmung bekannt. Mit Ja haben gestimmt 87, mit Nein haben gestimmt 69, und Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Einzelplan 03 A mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 12)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 13)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich nun um sein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Bei Enthaltung des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/4426 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3384 und 17/3385 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 03 A ist damit abgeschlossen.

Ich gehe zurück zum Tagesordnungspunkt 7 und gebe nun das Abstimmungsergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 15 bekannt: Mit Ja haben gestimmt 92, mit Nein haben gestimmt 69, Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Einzelplan 15 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge zum Einzelplan 15, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 9)

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich nun um sein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Bei Enthaltung des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/4614 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3948 mit 17/3960, 17/4006 und 17/4135 mit 17/4138 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 15 ist damit auch abgeschlossen.

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 03 B bekannt, der als Tagesordnungspunkt 10 behandelt wurde. Mit Ja haben 87, mit Nein haben 69 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es nicht.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 14)

Damit ist der Einzelplan 03 B mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 15)

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist es so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen – Drucksache 17/4427 – weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3386, 3387 und 3388 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 03 B ist damit abgeschlossen. Diesen Tagesordnungspunkt haben wir erledigt.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 8: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Haushaltsplan 2015/2016; hier: Neubau des Polizeigebäudes in Passau bereits im Jahr 2015 (Kap. 03 18 Tit. 710 00) (Drucksache 17/3331)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas		X	
Aigner Ilse				Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike		X	
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin			
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete		X		Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann			
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim	X		
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig		X	
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.			
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim		X	
Brunner Helmut		X		Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin		X		Hintersberger Johannes		X	
				Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra		X		Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel		X	
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard		X		Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie			
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina	X			Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander		X		Kamm Christine			
Dr. Förster Linus				Kaniber Michaela		X	
Freller Karl		X		Karl Annette	X		
Füracker Albert				Kirchner Sandro		X	
				Knoblauch Günther	X		
Ganserer Markus		X		König Alexander		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	56	100	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 8: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u. a. SPD; Haushaltsplan 2015/2016; hier: Förderung vereinseigener Sportstättenbau (Kap. 03 03 TG 91 Tit. 893 91) (Drucksache 17/3344)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas			X
Aigner Ilse				Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert			X	Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Bachhuber Martin		X		Gote Ulrike			X
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X	Gottstein Eva			X
Bauer Volker		X		Güll Martin			
Baumgärtner Jürgen		X		Güller Harald	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Guttenberger Petra		X	
Bause Margarete			X	Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann			
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim			X
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig			X
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.			
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim		X	
Brunner Helmut		X		Dr. Herz Leopold			X
Celina Kerstin			X	Hiersemann Alexandra	X		
Dettenhöfer Petra		X		Hintersberger Johannes		X	
Dorow Alex		X		Hofmann Michael		X	
Dünkel Norbert		X		Holetschek Klaus		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Hopp Gerhard		X	
Eck Gerhard		X		Huber Erwin		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Huber Marcel		X	
Eisenreich Georg		X		Dr. Huber Martin		X	
Fackler Wolfgang		X		Huber Thomas		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			X	Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Fehlner Martina	X			Huml Melanie			
Felbinger Günther			X	Imhof Hermann		X	
Flierl Alexander		X		Jörg Oliver		X	
Dr. Förster Linus				Kamm Christine			
Freller Karl		X		Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert		X		Karl Annette	X		
Ganserer Markus			X	Kirchner Sandro		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Knoblauch Günther	X		
				König Alexander		X	
				Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander			X
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			X
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			X
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	37	88	32

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 8: Haushaltsplan 2015/2016; Einzelplan 03 A für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr - Allgemeine Innere Verwaltung - (Drucksache 17/4426)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Gehring Thomas		X	
Aigner Ilse				Gerlach Judith	X		
Aiwanger Hubert		X		Gibis Max	X		
Arnold Horst		X		Glauber Thorsten			
Aures Inge		X		Dr. Goppel Thomas	X		
				Gote Ulrike		X	
Bachhuber Martin	X			Gottstein Eva		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Güll Martin			
Bauer Volker	X			Güller Harald		X	
Baumgärtner Jürgen	X			Guttenberger Petra	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X						
Bause Margarete		X		Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric	X			Häusler Johann			
Dr. Bernhard Otmar	X			Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim		X	
Blume Markus	X			Hartmann Ludwig		X	
Bocklet Reinhold	X			Heckner Ingrid	X		
Brannekämper Robert	X			Heike Jürgen W.			
Brendel-Fischer Gudrun	X			Herold Hans	X		
Brückner Michael	X			Dr. Herrmann Florian	X		
von Brunn Florian		X		Herrmann Joachim	X		
Brunner Helmut	X			Dr. Herz Leopold		X	
				Hiersemann Alexandra		X	
Celina Kerstin		X		Hintersberger Johannes	X		
				Hofmann Michael	X		
Dettenhöfer Petra	X			Holetschek Klaus	X		
Dorow Alex	X			Dr. Hopp Gerhard	X		
Dünkel Norbert	X			Huber Erwin	X		
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel	X		
				Dr. Huber Martin	X		
Eck Gerhard	X			Huber Thomas	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X			Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Eisenreich Georg	X			Huml Melanie			
Fackler Wolfgang	X			Imhof Hermann	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X					
Fehlner Martina		X		Jörg Oliver	X		
Felbinger Günther		X					
Flierl Alexander	X			Kamm Christine			
Dr. Förster Linus				Kaniber Michaela	X		
Freller Karl	X			Karl Annette		X	
Füracker Albert	X			Kirchner Sandro	X		
				Knoblauch Günther		X	
Ganserer Markus		X		König Alexander	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Untertländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	87	69	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 8

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03 A:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Stellen für die Futtermittelüberwachung
(Kap. 03 08 Tit. 422 01)
Drs. 17/3326
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Stellenhebungen im Hygienekontrolldienst
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 17/3327
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Polizistenstellen für die neuen Erstaufnahmeeinrichtungen
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)
Drs. 17/3328
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Ausbildungskapazitäten für Polizeidienstanfänger
(Kap. 03 18 Tit. 710 00)
Drs. 17/3329
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Neubau des Polizeigebäudes in Kaufbeuren
(Kap. 03 18 Tit. 710 00)
Drs. 17/3330
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Neubau des Polizeigebäudes in Passau bereits im Jahr 2015
(Kap. 03 18 Tit. 710 00)
Drs. 17/3331
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Stellen für Polizeidienstanfänger
(Kap. 03 20 Tit. 422 21)
Drs. 17/3332
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Zuschüsse für die Sportfachverbände
(Kap. 03 03 Tit. 684 91)
Drs. 17/3342
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Vereinspauschale
(Kap. 03 03 Tit. 685 91)
Drs. 17/3343

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung vereinseigener Sportstättenbau
(Kap. 03 03 TG 91 Tit. 893 91)
Drs. 17/3344
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mittel für Vorsorgekuren
(Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 17/3345
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verstärkungsmittel für Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und Betriebsstoffe
(Kap. 03 03 neuer Tit.; Kap. 03 17 bis 03 21 jeweils Tit. 511 01, 511 22, 514 01, 812 01)
Drs. 17/3346
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Florian von Brunn, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: 71 Stellen für Lebensmittelkontrolleure-Anwärter bei den Landratsämtern
(Kap. 03 09 Tit. 422 21)
Drs. 17/3347
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sicherheitswacht
(Kap. 03 18 TG 76)
Drs. 17/3348
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: 100 neue Planstellen für die Mobile Reserve
(Kap. 03 20 Tit. 422 01;
Kap. 03 02 Tit. 461 01)
Drs. 17/3349
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbesserung der Personalausstattung in der bayerischen Gesundheitsverwaltung
(Kap. 03 08 Tit. 428 01)
Drs. 17/3418
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Neue Planstellen für die Bekämpfung von Cyberkriminalität (Dezernat 54)
(Kap. 03 17 Tit. 422 01 und Tit. 428 01 sowie Kap. 03 02 Tit. 461 01)
Drs. 17/3419
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: 6 zusätzliche Stellen für Prävention und Drogenbekämpfung
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)
Drs. 17/3420
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erwerb von Dienstfahrzeugen für die Landespolizei
(Kap. 03 18 Tit. 811 01)
Drs. 17/3421
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Herbert Kränzlein, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Fahrsicherheitstrainingszentrum der Polizei - Änderung der Zweckbestimmung
(Kap. 03 20 Anlage S Tit. 710 30)
Drs. 17/3422
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Fahrzeug- und Gerätebeschaffungen u.ä.
(Kap. 03 23 Tit. 883 01)
Drs. 17/3423

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine konzeptionslose Sonderfinanzierung des BLSV
(Kap. 03 03 Tit. 893 01)
Drs. 17/3400
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Umsetzung von Stellen an die unteren Naturschutzbehörden
(Kap. 03 09 Tit. 422 01,
Kap. 03 80 Tit. 422 01)
Drs. 17/3401
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verkleinerung des Landesamts für Verfassungsschutz - Umschichtung der Mittel zur Landespolizei zur Bekämpfung der Cyber-Kriminalität
(Kap. 03 15 Tit. 422 01 und 534 01,
Kap. 03 18 Tit. 422 01 und 525 71)
Drs. 17/3402
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Finanzierung der Sicherheitswacht
(Kap. 03 18 TG 76)
Drs. 17/3403

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 10: Haushaltsplan 2015/2016; Einzelplan 03 B für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr - Staatsbauverwaltung - (Drucksache 17/4427)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Gehring Thomas		X	
Aigner Ilse				Gerlach Judith	X		
Aiwanger Hubert		X		Gibis Max	X		
Arnold Horst		X		Glauber Thorsten			
Aures Inge		X		Dr. Goppel Thomas	X		
				Gote Ulrike		X	
Bachhuber Martin	X			Gottstein Eva		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Güll Martin			
Bauer Volker	X			Güller Harald		X	
Baumgärtner Jürgen	X			Guttenberger Petra	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X						
Bause Margarete		X		Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric	X			Häusler Johann			
Dr. Bernhard Otmar	X			Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim		X	
Blume Markus	X			Hartmann Ludwig		X	
Bocklet Reinhold	X			Heckner Ingrid	X		
Brannekämper Robert	X			Heike Jürgen W.			
Brendel-Fischer Gudrun	X			Herold Hans	X		
Brückner Michael	X			Dr. Herrmann Florian	X		
von Brunn Florian		X		Herrmann Joachim	X		
Brunner Helmut	X			Dr. Herz Leopold		X	
				Hiersemann Alexandra		X	
Celina Kerstin		X		Hintersberger Johannes	X		
				Hofmann Michael	X		
Dettenhöfer Petra	X			Holetschek Klaus	X		
Dorow Alex	X			Dr. Hopp Gerhard	X		
Dünkel Norbert	X			Huber Erwin	X		
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel	X		
				Dr. Huber Martin	X		
Eck Gerhard	X			Huber Thomas	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X			Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Eisenreich Georg	X			Huml Melanie			
Fackler Wolfgang	X			Imhof Hermann	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X					
Fehlner Martina		X		Jörg Oliver			
Felbinger Günther		X					
Flierl Alexander	X			Kamm Christine			
Dr. Förster Linus				Kaniber Michaela	X		
Freller Karl	X			Karl Annette		X	
Füracker Albert	X			Kirchner Sandro	X		
				Knoblauch Günther		X	
Ganserer Markus		X		König Alexander	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Untertländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	87	69	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 10

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03 B:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Mittel für energetische Sanierungen staatlicher Gebäude aller Einzelpläne
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/3333
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Mittel für die Schaffung von Studentenwohnraum
(Kap. 03 64 Tit. 893 68)
Drs. 17/3334
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 17/3335
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Versteckte Verschuldung reduzieren: Verstärkte energetische Sanierung staatlicher Gebäude
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/3350
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Versteckte Verschuldung reduzieren: Verstärkungsmittel für staatliche Hochbaumaßnahmen
(Kap. 03 63 neuer Tit.)
Drs. 17/3351
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Andreas Lotte, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung des Studentenwohnraumbaus
(Kap. 03 64 Tit. 893 68)
Drs. 17/3352
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ausbildungsverkehr im ÖPNV für die Kommunen zukunftsfähig machen
(Kap. 03 66 Tit. 633 72)
Drs. 17/3353
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Nachhaltigere Erhöhung der Mittel für den Staatsstraßenbau inklusive Radwege entlang Staatsstraßen und Instandsetzung von Brücken
(Kap. 03 80 Tit. 750 00 sowie Anl. A Tit. 770 06 und Tit. 772 08)
Drs. 17/3354
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Andreas Lotte, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Landesmittel zur Förderung von Wohnraumbau und von Behindertenwohnraumbau
(Kap. 03 64 Tit. 863 69 und 863 66)
Drs. 17/3424
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Leistungen für den Probetrieb auf nicht im Schienenpersonennahverkehr bedienten Eisenbahnstrecken
(Kap. 03 67 Tit. 682 13)
Drs. 17/3425
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;

- hier: Energiewende auch im Wärmebereich: Deutliche Erhöhung der Ausgaben für energetische Sanierung staatlicher Gebäude aller Einzelpläne
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/3404
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Wohnraumförderung – Mehr Mittel für gutes bezahlbares Wohnen im Freistaat
(Kap. 03 64 Tit. 863 69 und 863 68)
Drs. 17/3405
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ländlichen Raum stärken - Bayerisches Städtebauförderungsprogramm aufstocken
(Kap. 03 65 Tit. 883 82)
Drs. 17/3406
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Aufstockung des Programms „Soziale Stadt“
(Kap. 03 65 Tit. 883 83)
Drs. 17/3407
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine weitere Förderung des Nahluftverkehrs und des Flugwesens
(Kap. 03 66 TG 74)
Drs. 17/3408
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Vorfinanzierung von Zuschüssen aus dem GVFG-Bundesprogramm für den Neubau der 2. Stammstrecke der S-Bahn München
(Kap. 03 67 Tit. 861 03)
Drs. 17/3409
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Leistungen für die Finanzierung der 2. S-Bahn Stammstrecke in München
(Kap. 03 67 Tit. 892 05)
Drs. 17/3410
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Barrierefreie Bahnhöfe
(Kap. 03 67 neuer Tit.)
Drs. 17/3411
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Mittel für den Staatsstraßenneubau
(Kap. 03 80 Tit. 750 00 und 770 06)
Drs. 17/3412
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Staatliche Bauämter: Kürzung der Vergabe von Ingenieurleistungen, Fachplanungen und Entwurfsbearbeitung an Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 773 71)
Drs. 17/3413